Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Mittwoch, den 13. Oktober 1926 — Nummer 228

Kleiner Belagerungszustand in Sachsen!

Der billige Jakob

Bemerkungen zum Wahlaufruf der SPD

Von Paul Böttcher.

„Die Sozialdemokratie hat alle Kräfte eingesetzt, um volksfeindliche Anschläge abzuwehren und die geistige und wirtschaftliche Not der Massen zu lindern." (**Aufruf der SPD zu den Landtagswahlen in Sachsen 1926.**)

I.

Die sozialdemokratische Presse Sachsens veröffentlicht am 8. Oktober den Wahlaufruf des Landesarbeitsausschusses der SPD. Das Dokument ist Konjunkturpolitik billigster Fabrikation. Nicht einmal politisches Wiener Kunstgewerbe. Ganz banaler sozialdemokratischer Schund, Schleuderware aus der Trödelbude des billigen Jakob, als „Sozialismus" zu festen Preisen wird die Ware ausgepriesen. Mancher fällt rein und kauft. Dann sieht er zu seinem Entsetzen, wie der Ausschreier skrupellos den Preis stürzen läßt. Der Betrogene merkt zu spät, daß er statt Sozialismus elendeste Koalitionsmache in Händen hält. Die Arbeiterschaft muß sich vor den Betrügern schützen. Deshalb soll an einigen Beispielen nachgewiesen werden, wie es um die Qualität der sozialdemokratischen Ware bestellt ist.

Der Aufruf der SPD spiegelt in klassischer Weise die politische Ziellosigkeit, Zersetzung und den Opportunismus der sozialdemokratischen Führertruppe Sachsens wider. Die linken Führer bleiben sich selbst treu. Dort, wo Licht und Klarheit sein muß, verdunkeln sie, wo das Klassenbewußtsein des Proletariats unerschütterliche Verschärfung und Zuspitzung verlangt, dort biegen sie ab und verschleiern. Dunkel läßt die SPD in den Aufruf ihre **Stellung zur Koalitionspolitik.** Die Frage ist unbequem. Deshalb wird die Antwort vorläufig unterschlagen. Sie paßt nicht in die Wahldemagogie. Verschleiert wird die Schuld des sozialdemokratischen Parteivorstandes an der **Reichswehrexekutive.** Die Vertreter der Besitzenden riefen nach der Reichswehr-Exekution, sagt der SPD-Aufruf. Richtig. Aber wer schickte die Reichswehr nach Sachsen? Ebert, Sollmann, Schmidt, Wels, Dittmann! Warum sagen die linken Führer das nicht in ihrem Aufruf? Weil sie dann gezwungen wären, vor der Arbeiterschaft zu bekennen, daß durch die Mitschuld des sozialdemokratischen Parteivorstandes „die Reaktion den Fortschritt in Sachsen verhinderte". Es ist aber die Aufgabe der sächsischen Führer der Sozialdemokratie, die Autorität des Parteivorstandes zu stärken. Diese Aufgabe steht jedoch in unlösbarem Widerspruch zur geschichtlichen Wahrheit. Um dem Parteivorstand zu dienen, wird das Proletariat belogen und betrogen.

II.

„Es lebe der Sozialismus!"
„Es lebe das sozialistische Sachsen!"

Das ist die Losung der SPD im Wahlkampf. Die linkssozialdemokratische Presse pflegt in radikalen Anwandlungen zu schreiben, daß der Sozialismus nicht parlamentarisch zu erkämpfen sei. Wir wollen in diesem Aufsatz nicht die Grundfragen der proletarischen Strategie und Taktik im Kampfe um den Sozialismus aufrollen. Wir fragen nur: **Was haben die sozialdemokratischen Führer Sachsens zur Stärkung der außerparlamentarischen Kampfkraft der Arbeiterklasse getan?** Sie haben nicht nur nichts getan, sondern sind, getreu ihrer Rolle im Parlament, den Arbeitern bei jeder Aktion in den Rücken gefallen. Der Oktober 1923 zeigte diese Tatsachen an einem historisch weithin sichtbaren Beispiel. Und nach dem Oktober? In den Jahren der Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die sächsische Koalitionsregierung haben die linken Führer jede Teilnahme am außerparlamentarischen Kampf gegen die Heldt-Regierung abgelehnt. Die proletarische **Einheitsfront bei den Maikundgebungen** wurde von den sozialdemokratischen Führern total zerschlagen. Dabei weiß jeder Arbeiter, daß seit Jahrzehnten die Geschlossenheit und Wucht der Massendemonstrationen am 1. Mai für die Bourgeoisie immer ein Gradmesser für die Kampfentschlossenheit des Proletariats gewesen sind und erst recht in der Gegenwart darstellen. Im Kampfe gegen die frechen Raubansprüche der ehemaligen deutschen Potentaten, beim Volksentscheid haben die linken Führer die sich spontan aus den Massen herausbildenden **Einheitskomitees** bekämpft, und wo sie dieselben unter dem Druck der eigenen Anhänger anerkennen mußten, deren Arbeit sabotiert. Was tun die linken Führer jetzt angesichts des Abfindungsskandals im Preußischen Landtag?

Die mehrfachen Aufforderungen der Kommunisten zur Durchführung **außerparlamentarischer Aktionen zur Erzwingung der Landtagsauflösung** wurden von den linken Führern mit kläglichen Ausflüchten beantwortet. Den **Vorschlag der KPD auf Herbeiführung eines Volksentscheids zur Landtagsauflösung** im Frühjahr dieses Jahres lehnte die SPD unter den fadenscheinigsten Vorwänden ab. Die Koalitionsregierung hat diese Stellung der SPD in ihrem Sinne ausgenutzt und als Antwort ihrerseits den reaktionären Kurs der Heldt-Bünger-Politik verschärft. Bei der Durchführung eines Volksbegehrens zur Landtagsauflösung hätte der Wahlkampf ein völlig anderes Gesicht. Die Arbeiterklasse stände überall in der Offensive und brauchte sich nicht gegen die Bürgerblock-Offensive zu verteidigen!

In der **Erwerbslosenfrage** haben sich die linken Führer auf sozialdemagogische Manöver im Landtage beschränkt, Manöver, die der Bourgeoisie nicht die Haut geritzt haben. Mit Schimpf und Spott wurden die linken Führer von ihren Genossen in der KPD bedacht, und bitterer Hohn wurde von den kapitalistischen Parteien über die Helden der 50-Millionen-Anträge ausgeschüttet. **Wo haben die linken Führer auch nur eine Massendemonstration zur Unterstützung ihrer parlamentarischen Erwerbslosenmanöver durchgeführt?** Nicht eine einzige in ganz Sachsen. **Erwerbslosendelegationen** wurden entweder von den Herren Abgeordneten und Parlamentariern gar nicht empfangen, oder mit nichtssagenden Redensarten abgespeist. Die KPD allein war es, die sich der Interessen der Erwerbslosen mit aller Kraft angenommen hat. Um die besitzende Klasse und ihre Regierungsorgane unter Druck zu setzen, forderten die Erwerbslosen die engere Verbindung ihres Kampfes mit den betriebstätigen Arbeitern, größere Aktivität der Gewerkschaften in der Erwerbslosenfrage und schließlich die **Abhaltung eines Erwerbslosenkongresses für Sachsen.** Wieder lehnten die linken Führer die Beteiligung ab und kämpften in einer Front mit Wehle, Franz, Wirth und allen Renegaten gegen den Erwerbslosenkongreß. Nur die KPD stand auch hier fest an der Seite der Ausgebeuteten.

In Worten müssen die linken Führer vor den Arbeitern die Notwendigkeit der **Unterstützung Sowjetrußlands** gegenüber den imperialistischen Angriffsplänen zugeben. Aber auch in dieser Frage treiben sie doppelte Buchführung. Die Spalten der linkssozialdemokratischen Presse Sachsens sind angefüllt mit den übelsten antibolschewistischen Verleumdungen. Saupe, Lipinski, Böchel, Sachs kämpfen Arm in Arm mit den Renegaten Korsch, Katz, Maslow gegen die Sowjetrepublik. Die sozialdemokratischen Mitglieder der **Arbeiterdelegationen** werden von den sächsischen Bezirksleitungen der SPD mit Ausschluß bedroht. Die Wiederaufnahme Barmats, Bauers in die SPD haben die linken Führer aber ruhig hingenommen.

Kein aufrichtiger Klassenkämpfer kann leugnen, daß der **Kongreß der Werktätigen** eine überaus bedeutsame politische Sammelaktion für den Kampf gegen die Koalitionspolitik darstellt. Wer also ernstlich den Kampf gegen die Koalitionspolitik will, der muß mit Freuden eine solche prachtvolle Möglichkeit zur Mobilisierung der breiten Massen begrüßen und aktiv am Kongresse der Werktätigen mitarbeiten. Jeder proletarische Klassenkämpfer muß erkennen, daß die Kerntruppen des Industrieproletariats die werktätigen Massen nur dann zur siegreichen Revolution führen können, wenn sie Verbündete in der Bauernschaft und in den schwankenden Mittelschichten haben. Was tun aber auch hier wieder die linken Führer der SPD? Sie agitieren gegen den Kongreß der Werktätigen, sie beschimpfen die ehrlichen revolutionären Arbeiter, die sich in den Gewerk-

Landtagswahlen unter dem Polizeiknüppel!

Parteien und Presse zum Polizeirapport

Auf Veranlassung des sächsischen Innenministers Max Müller hatten gestern die sächsischen Polizeipräsidenten die Vertreter der politischen Parteien und der Presse zu Besprechungen der anläßlich der bevorstehenden Landtagswahlen von der Polizei getroffenen Maßnahmen geladen. Noch einmal entpuppte sich der Innenminister der Heldt-Koalition als der getreue Polizeibütiel der sächsischen Reaktionäre. Der Dresdner Polizeipräsident Kühn, der in der Handhabung des Polizeiknüppels seinen Parteifreund Müller noch zu übertreffen bestrebt ist, verkündete gestern vor den Vertretern der politischen Parteien und der Dresdner Presse das Programm des Wahlterrors gegen die Arbeiter. Rücksichtsloser und brutaler konnte auch unter dem monarchistischen Regime nicht gegen die Arbeiter vorgegangen werden, als wie es gestern Herr Kühn für den kommenden Wahlkampf in Aussicht stellte. Umgeben von einem gewaltigen Stab seiner Polizeioffiziere berichtete er, wie die Polizei gedenkt, die „verfassungsmäßigen Rechte" der republikanischen Staatsbürger zu **„schützen". „Ruhe und Ordnung" müßten aufrechterhalten werden.** Da zu erwarten sei, daß der Wahlkampf mit besonderer Heftigkeit geführt wird, werde das Polizeipräsidium

den „Schutz" der Wahlversammlungen anordnen, der unter allen Umständen und mit allen Mitteln auch dann durchgeführt werde, wenn er nicht angefordert sei.

Das Polizeipräsidium sei nicht in der Lage, der Auffassung jener Leute Rechnung zu tragen, daß die Polizei bereits durch ihr Erscheinen bei Versammlungen aufreizend wirke. **Der Bürger müsse sich an das Erscheinen der Polizei und an ihren Anblick gewöhnen!** Die Polizei sei zu seinem „Schutze" da. Je nach der Stimmung und dem Verlauf der Versammlung werde sich die Polizei vorbehalten,

das Servieren von Speisen und Getränken zu untersagen und die Sperrung der Tribünen zu verfügen.

Für Wahlumzüge bleiben selbstverständlich die jetzt schon für Demonstrationen verbotenen Straßen und Plätze gesperrt. Eine etwaige Ueberschreitung der Bannmeile durch Demonstrationszüge **wird mit allen Mitteln verhindert.**

Für jede Demonstration, die Musik mit sich führt, ist dem Polizeipräsidium ein verantwortlicher Leiter zu benennen, der dem Polizeipräsidium gegenüber verantwortlich ist. Herr Kühn begründete diese unerhörte Polizeimaßnahme damit, daß das früher schon so gewesen sei und auch heute so gehandhabt werden müsse. Was also unter Wilhelm und August war, wird unter Max Müller und Kühn jetzt fortgesetzt, und der Dresdner Polizeipräsident verlangte, daß den Anweisungen der Polizei auf jeden Fall Folge zu leisten sei. Die Beamten seien angewiesen, mit aller Energie und Schärfe vorzugehen.

Bei Demonstrationen sei das Mitführen von Plakaten, Transparenten und sonstigen Dingen die die Staatseinrichtungen verächtlich machen oder die Gefühle Andersdenkender verletzen, verboten.

Mit diesen Anweisungen wird der Willkür der reaktionären Polizeioffiziere Tür und Tor geöffnet. Die Ruhmestaten der Berliner Polizei, die infolge einer ähnlichen Anweisung Grzesinskis die Arbeiterdemonstrationen niederknüppelte und gegen die Arbeiter in der brutalsten Weise vorging, lassen Herrn Kühn nicht schlafen. Der Polizeierlaß des Berliner Polizeipräsidenten soll nunmehr auch in Dresden wirksam werden.

Oeffentliche Sammlungen und Schriftenvertrieb ist verboten und wird von der Polizei unterdrückt. Das Ankleben von Plakaten, Flugblättern und Handzetteln, soweit es nicht an den Anschlagsäulen erfolgt, ist verboten. In den Nachtstunden werden starke Patrouillen in Uniform und Zivil die Straßen durchziehen. Zuwiderhandelnde werden sistiert und nach dem Polizeipräsidium gebracht. **Auch die Versammlungen unter freiem Himmel werden unter allen Umständen und mit allen Mitteln „geschützt".** Bei Propagandafahrten mit Kraftwagen wird die Polizei Durchsuchungen nach Waffen und Stöcken vornehmen. Die Störung von Umzügen Andersdenkender wird **mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unterdrückt.** Im Zuwiderhandlungsfalle oder bei der Verletzung der Gefühle Andersdenkender werde **rücksichtslos durchgegriffen. In jedem Falle erfolge Anzeige bei der Staatsgewalt. Geldstrafen sind dabei ausgeschlossen. Die Beamten sind angewiesen, mit aller Bestimmtheit aufzutreten und sich auf irgendwelche Verhandlungen nicht einzulassen.**

Das ist das Programm brutaler Polizeiwillkür, das der „alte" Sozialdemokrat Kühn gestern vor den Vertretern der politischen Parteien entwickelte. Alle Vorbereitungen sind bereits getroffen. Die Beamten haben ihre Anweisungen erhalten.

Treffend charakterisierte der Vertreter der Kommunistischen Partei, Genosse Schrapel, diese angebliche Besprechung als den Rapport der Vertreter der Parteien und der Presse vor den Polizeigewaltigen. Auf die Frage des sozialdemokratischen Parteisekretärs Sander, welche Stelle darüber entscheide, ob eine Verletzung der Gefühle Andersdenkender vorliege, antwortete Kühn mit aller Brutalität kurz und bündig: „Der jeweils einschreitende Beamte."

Der Polizeistiefel wird also regieren. Darüber gibt es keinen Zweifel. Jedes zweite Wort aus dem Munde des Renegaten Kühn kündigte den Willen zum brutalen Polizeiterror an: **„Ich habe angewiesen", „es muß darauf gedrungen werden", „es wird mit aller Schärfe und Bestimmtheit eingeschritten", „mit allen Mitteln durchgeführt", „unter allen Umständen unterdrückt".** So demonstrierte die herrschende Klasse durch ihre „alten" Helfershelfer das Wesen und den Charakter der „demokratischen Republik". Die Reaktionäre aller Schattierungen können zufrieden sein. Max Müller und Kühn sorgen für „Ruhe und Ordnung", und die MSPS, die bisher zu jeder Schandtat gegen die Arbeiter bereit war, erweist sich mit ihren Leuten auch in diesem Falle als die beste Hilfstruppe der Reaktion. Herr Kühn ist einer ihrer besten Leute. Mit den Noskemethoden Max Müllers und den Polizeimaßnahmen Kühns soll das rote Arbeiter-Sachsen verhindert werden. Kühns Anweisungen an die Polizei, die gestern der Presse und den Parteivertretern bekanntgegeben wurden, sind die brutalste Beschränkung der Wahlpropaganda, die sich einzig und allein gegen die Arbeiterparteien auswirken wird.

Jetzt erst recht gilt es für die Arbeiter, alle Kräfte zu mobilisieren. Die Absichten der sächsischen Reaktionäre und ihrer altsozialdemokratischen Helfershelfer, mit dem kleinen Belagerungszustand einen den industriellen Machthabern willfahrenden Landtag, eine Mehrheit von Bürgerlichen und Altsozialisten zustande zu bringen, dürfen nicht gelingen. Der Schandstreich Max Müllers und Kühns muß für die Arbeiter trotz des Polizeiterrors die Veranlassung sein, die Rolle der offenen Verräter zu brandmarken und den linken sozialdemokratischen Führern die Maske vom Gesicht zu reißen. Die Antwort der Arbeiter gegen diese brutale Unterdrückungsmethode muß sein: **Gemeinsamer Kampf mit den Kommunisten für ein rotes Arbeiter-Sachsen!**

schaften für denselben einsetzen, und stehen auch in diesem Falle in einer Front mit den Renegaten der ASPS. Der einzige Erfolg dieser Spaltungsarbeit der linken Führer ist eine Stärkung der Bourgeoisie, vor allen Dingen auch im sächsischen Wahlkampfe.

Hin und wieder finden wir nun bei den linken sozialdemokratischen Führern das Eingeständnis, daß der Stimmzettel im Klassenkampfe nicht entscheidet. Sehr schön. Mit welchen Waffen und welchen Mitteln soll dann aber die Arbeiterschaft den entscheidenden Kampf führen? Wir haben doch gesehen, daß die Linken jede ernsthafte Massenaktion ablehnen mit der faulen Ausrede, es handle sich um „wilde" Bewegungen oder um eine „niederträchtige kommunistische Masche". Wenn die linken Führer in die Sackgasse gedrängt sind, dann antworten sie, die Führung des Klassenkampfes in den wichtigen wirtschaftspolitischen und sozialen Fragen falle einzig und allein den „rechtmäßigen" Organen der Arbeiterklasse, den Gewerkschaften zu. Gleichzeitig schreibt die linkssozialdemokratische Presse gegen Leipart und Graßmann wegen ihrer Antworten auf Silverbergs Rede. Gleichzeitig stimmen die sozialdemokratischen Arbeiter in den Gewerkschaften im Bunde mit den kommunistischen Arbeitern gegen die Franz, Schilling, Wirth und Winkler. Damit ist offen anerkannt, daß die Gewerkschaftsführung mit ihrem Apparat keinen Klassenkampf führt, sondern Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik mit den Unternehmern betreibt. Wo bleibt nun in der Gewerkschaftsfrage die revolutionäre Konsequenz der linken Führer? Unterstützen sie die kommunistischen Anträge in den Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften? Führen sie einen offenen Kampf zur Beseitigung der ASPS-Renegaten aus den leitenden Positionen der Gewerkschaften? Nichts von alledem! Sie tun das Gegenteil. Die linken und rechten sozialdemokratischen Führer Sachsens haben den Burgfrieden in den Gewerkschaften beschlossen. Wenn trotzdem der Kampf gegen die Renegaten in den Gewerkschaften nicht ruht, so zeugt das nur von dem gesunden proletarischen Empfinden der sozialdemokratischen Arbeiter, die gemeinsam mit den Kommunisten den Kampf gegen die Verräter des Proletariats weiterführen und die sich in diesem Kampfe auch nicht durch die Unentschlossenheit und Kompromißsucht ihrer Führer irre machen lassen. Was für die Gewerkschaften gilt, gilt im gleichen Sinne auch für die Genossenschaften. Sobald den Lippenbekenntnissen der linken Führer die Tat folgen soll, schrecken sie zurück und verbinden sich mit den offenen Renegaten gegen die Arbeiter.

III.

Die Ursachen dieser ununterbrochenen Schwankungen, Widersprüche und Kompromisse der linken Führer sind begründet in deren falscher opportunistischer Stellung zum Staat, der Revolution, so wie zu allen entscheidenden Fragen des Klassenkampfes. Die Kommunisten unterscheiden sich von der Politik dieser Führer darin, daß sie eindeutig und ohne Kompromisse die bürgerliche Demokratie bekämpfen, die Kommunisten nähren nicht innerhalb der Arbeiterschaft die Illusion, daß es möglich sei, den kapitalistischen Staat von innen zu erobern, mit Hilfe des Klassenparlaments, oder „Demokratisierung der Verwaltung". Deshalb ist die Beteiligung der Kommunisten an den Wahlen auch keine grundsätzliche Anerkennung des bürgerlichen Parlamentarismus. Sie ist vielmehr lediglich ein Mittel zur Propaganda des Kommunismus, ein Hilfsmittel zur Feststellung der politischen Reife der Arbeiterklasse, und der Kräfteverschiebungen zwischen Bourgeoisie und Proletariat, sowie ein Maßstab zur Erkennung der Stärke der reformistischen und der kommunistischen Hauptströmungen innerhalb der werktätigen Massen. Die Kommunisten benutzen den Wahlkampf zur Aufrüttelung und zur Aufklärung der gleichgültigen Massen, zur Sammlung und Mobilisierung der politisch denkenden Arbeiter. Die Teilnahme der Kommunisten am Wahlkampf zum Parlament wird damit zu einem Teil des großen Kampfes, zur Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft. Die Kommunisten lehnen die Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Maßstab ab. Deshalb ist auch die Stellungnahme der Kommunisten gegenüber der Koalitionspolitik in Deutschland und dem Völkerbund eine durchaus einheitliche und konsequente.

Vom Reformismus und Opportunismus der Sozialdemokratischen Partei trennt die Kommunisten eine tiefe Kluft. Kommunisten reichen jedoch jedem sozialdemokratischen Arbeiter als Bundesgenossen im Klassenkampfe die Hand. Das gemeinsame Klasseninteresse eint alle kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter. Je eifriger die sozialdemokratische Parteiführung zur Koalitionspolitik und zum Völkerbund strebt, desto schneller und enger werden sich die Arbeitermassen in der proletarischen Einheitsfront zusammenschließen müssen. Es geht um die Existenz der Klasse, um den historischen Sieg der sozialistischen über die kapitalistische Welt. Dieser Sieg kann aber nur errungen werden, unter dem roten Banner der proletarischen Diktatur, im Zeichen von Hammer und Sichel.

Damit ist auch hinreichend bewiesen, daß die sächsischen Wahlen keineswegs eine nur sächsische Angelegenheit sind. Die Politik der Heldt-Regierung ist von Anbeginn die getreueste Vasallenpolitik der Luther, Marx und Hindenburg gewesen. Wer die sächsischen Koalitionspolitiker schlagen will, der muß die Koalitionspolitiker im Reiche vernichten.

Die Kommunisten wollen, daß die Arbeiter aus Sachsen ein rotes Arbeitersachsen machen. Das ist durch den Stimmzettel nicht zu erreichen. Dazu gehört mehr. Vor allen Dingen auch der entschlossene Wille, gegen die reaktionäre Politik der Reichsregierung anzukämpfen und schließlich diese Regierung zu beseitigen. Eine Mehrheit aus Kommunisten und Sozialdemokraten im Sächsischen Landtag konnte ausgenutzt werden als Stützpunkt der Arbeiterschaft im Kampfe gegen alle konterrevolutionären Maßnahmen des Reiches. Die Voraussetzungen hierzu sind im Wahlaufruf der KPD klargelegt. Vom Kampf gegen die Reichsregierung steht im Wahlaufruf der SPD kein Wort. Aus guten Gründen, die [illegible] Sozialdemokraten dürfen die Koalitionspläne des Parteivorstandes nicht durchkreuzen.

Eine Politik, die sich nicht zur aktivsten Massenpropaganda und Massenmobilisierung aufrafft, eine Politik, die sich nicht auf den Willen und die Bedürfnisse der breiten Massen stützt, sondern die entweder zu lavieren versucht zwischen den Interessen der Besitzenden und der Besitzlosen, oder offen als Agentin des Kapitals auftritt, muß von jedem klassenbewußten Proletarier unbarmherzig und unversöhnlich bekämpft werden.

Nur die Kommunistische Partei führt den Wahlkampf in diesem Sinne. Deshalb:

Jeder Werktätige für die KPD!

Der Schacher um die Große Koalition in Preußen

Berlin, 13. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Gestern haben neue Besprechungen über die Schaffung einer Großen Koalition in Preußen stattgefunden. Zentrum und Demokraten haben die Initiative in die Hand genommen und den Ministerpräsidenten Braun ersucht, persönlich die Verhandlungen über die Regierungsumbildung zu leiten. Die preußische Regierung hat sich damit einverstanden erklärt. Die Deutsche Volkspartei wird davon informiert, daß der preußische Ministerpräsident Vorschläge ausarbeiten wird, mit denen er an die Deutsche Volkspartei herantreten wird. Dieser Weg ist beschritten worden, weil die sozialdemokratische Führerschaft gleichzeitig die Regierungsumbildung auch im Reiche wünscht. Während in [illegible] die Volkspartei in die Regierung aufgenommen [illegible] werden soll, verlangen einflußreiche sozialdemokratische Führer Aufnahme der SPD in die Marx-Regierung.

Verbreiterung der englischen Kampffront

London, 13. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Cook hielt gestern eine Rede, in der er erklärte, daß die Hafenarbeiter und Eisenbahner voraussichtlich in den nächsten Tagen beschließen werden, keine ausländischen Kohlentransporte mehr auszuladen oder zu befördern. In verschiedenen Grafschaften ist ein großer Teil der Arbeiter, die die Arbeit wieder aufgenommen haben, von neuem in den Streik getreten. Einige Gewerkschaften, in denen Notstandsarbeiter organisiert sind, haben eine Konferenz nach London einberufen, um über die Niederlegung der Arbeit zu beraten. Nach dem „Daily Herald" trifft die bürgerliche Meldung über teilweise Wiederaufnahme der Arbeit durch die Bergarbeiter nicht zu. Nach dieser Meldung wird die englische Streikfront erheblich verbreitert.

Sozialdemokratische Fürstenknechte

Der preußische Hohenzollernvergleich in 2. Lesung angenommen — Stimmenthaltung der SPD — Kommunistische Abgeordnete werden mundtot gemacht!

Berlin, 13. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Im gestrigen Landtag wurde der Hohenzollernvertrag in 2. Lesung durchgepeitscht, nachdem die kommunistische Obstruktion durch Polizeigewalt und durch Anträge der deutschnational-sozialdemokratischen Einheitsfront abgewürgt war. Die Tribüne wurde geräumt. Die Polizei entfernte die zahlreich erschienenen Arbeiter. Etwa 20 kommunistische Abgeordnete wurden teils für 20 und 10 Tage von den Sitzungen ausgeschlossen. Die Hohenzollernmehrheit mit Einschluß der SPD nahm nach stürmischen, mehrfach unterbrochenen Verhandlungen einen Antrag an, der die Stellung von Abänderungsanträgen und die weiteren Beratungen illusorisch machte. Darauf verließen die Kommunisten unter Protest den Saal. Bei der Abstimmung über den Raubvertrag enthielt sich die sozialdemokratische Fraktion der Stimme. Der Schandvertrag wurde von der Mehrheit mit den Deutschnationalen angenommen. Am Freitag soll das Verbrechen in 3. Lesung vollendet werden. Die Kommunisten werden ihre Obstruktion fortsetzen. Zum Zwecke der außerparlamentarischen Mobilisation der Massen gegen den Hohenzollernpakt finden am Donnerstag in Berlin Demonstrationen statt.

Die stürmische Sitzung

Auf den Tribünen des Hohenzollernparlaments sah man gestern eine ganze Reihe von Vertretern der Betriebe und Erwerbslosen Berlins. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Genosse Bartels die Abgabe einer Erklärung, welche sich auf Behauptungen des Finanzministers und des Sozialdemokraten Heimann aus der gestrigen Hohenzollerndebatte bezieht. Genosse Bartels protestierte vor allen Dingen gegen die verlogene Behauptung des Ministers, daß der § 7 des Vertrages zwischen der Braunregierung und den Hohenzollern die Rückkehr des Ex-Kaisers unmöglich mache. Der sozialdemokratische Präsident entzieht dem Genossen Bartels das Wort. Danach verlangte Genosse Winterfeldt die Besprechung eines kommunistischen Antrages, wonach für Millionen Mark für die Erwerbslosen, Kurzarbeiter, Sozial- und Kriegsrentner vom Landtage beschlossen werden sollte. Genosse Pieck verlangte darauf erneut die Hinausschiebung der Hohenzollerndebatte um vier Wochen. Genosse Kilian protestierte dagegen, daß der Präsident ihm zwei Ordnungsrufe erteilt habe, als er noch gar nicht im Saale anwesend war. Als Genosse Müller-Frankfurt diese Charakterisierung durch einen Zuruf unterstrich, wurde er durch den sozialdemokratischen Präsidenten aus der Sitzung ausgewiesen. Genosse Pieck beantragt die Absetzung des ersten Punktes der Tagesordnung und deren Umstellung. Das wurde natürlich von dem Hohenzollernblock, von den Deutschnationalen bis zur SPD, abgelehnt. Darauf beantragte ein sozialdemokratischer Hohenzollerngalan schleunigst den Schluß der Geschäftsordnungsdebatte.

Die niederträchtigen Versuche der Landtagsmehrheit, die Obstruktion der kommunistischen Fraktion unwirksam zu machen, haben die Arbeiter auf der Tribüne in starke Unruhe versetzt. Diese steigerte sich und es kam zu heftigen Sturmszenen, als der Deutschnationale von der Osten die Verdienste der Hohenzollern preist und den sozialdemokratischen Landtagspräsidenten anstachelt, schärfer gegen die kommunistische Fraktion loszugehen. Bartels gehorcht und teilt einige Ordnungsrufe an kommunistische Abgeordnete aus. Genosse Pieck wies die Angriffe und blöden Behauptungen des deutschnationalen Abgeordneten mühelos zurück. Plötzlich schlich sich der Demokrat Riedel zum Präsidenten Bartels und denunziert einen kommunistischen Abgeordneten wegen eines Zurufes. Diese Gemeinheit löst bei der kommunistischen Fraktion heftigste Empörung aus. Genosse Kellermann warf dem Riedel ein Bündel Hohenzollernakten an den Kopf. Es entstand ein Tumult. Das Präsidium flüchtete. Doch zuvor hatte es noch den Befehl gegeben, die Tribüne von den Arbeitern räumen zu lassen. Doch die Arbeiter gaben von der Tribüne ihre Forderungen kund: Keinen Pfennig den Fürsten! Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungs-Sätze! Nieder mit den Hohenzollernlakaien! Die Hohenzollernparteien und ganz besonders die Sozialdemokraten standen verdutzt und ängstlich da. Die sozialdemokratischen Arbeiter auf der Tribüne drückten die Fäuste in den Saal hinunter gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten. Ein sozialdemokratischer Arbeiter schrie: Genossen, haben unsere Vertrauensleute einstimmig beschlossen, den schärfsten Kampf gegen den Hohenzollernvertrag zu führen, mit allen Mitteln die Annahme des Vergleichs zu verhindern. Und jetzt versucht ihr, gemeinsam mit den Bürgerlichen die kommunistische Obstruktion kaputt zu machen. Sozialdemokratische Erwerbslosendelegierte rissen ihre Abzeichen herunter und warfen sie den SPD-Heilmann vor die Füße. Nachher zogen sie vereint mit den kommunistischen und parteilosen Arbeitern unter dem Gesang der Internationale vor dem Landtagsgebäude vorbei.

Die Kommunisten verlangten die Wiedereröffnung der Tribüne, es wurde jedoch unter Ausschluß der Oeffentlichkeit weitergetagt.

Ungeheure Empörung der Berliner Arbeiter

Berlin, 13. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Empörung über die Haltung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Preußen zur Abfindungsfrage der Hohenzollern ist ungeheuerlich. Die Funktionäre, und zwar Betriebsräte und Vertrauensleute von Daimler, forderten restlose Ablehnung des Hohenzollernpaktes durch die KPD und SPD. Der Verband der graphischen Hilfsarbeiter protestierte gegen die Verabschiedung des Hohenzollernpaktes und verlangte einmütig die Ablehnung durch die Arbeitervertreter im Landtag. Zahlreiche Betriebe und Arbeitsnachweise hatten ihre Delegationen zum Landtag geschickt, um die SPD-Fraktion über ihre Haltung zu der Hohenzollern-Abfindung zu interpellieren. Die SPD-Fraktion versuchte, sich um den üblichen Mätzchen vor einer Aussprache mit den einzelnen Delegationen zu drücken. Der SPD-Abgeordnete Müller-Hannover, der bereits um 10 Uhr 30 Minuten vormittags in angetrunkenem Zustand im Landtag herumlief, erklärte einer Delegation von 18 Mann, daß er keine Zeit für eine Besprechung habe, da er in eine Sitzung müsse. Die Sitzung war ein Frühstück im Restaurant des Landtags. Eine Delegation von Landmännischen Angestellten versuchte, die SPD-Fraktion zu sprechen. Heilmann ließ sich verleugnen. Die SPD-Abgeordneten Jürgens und Hanna versuchten, die SPD-Haltung vor 25 erwerbslosen Vertretern zu rechtfertigen. Die Rechtfertigung war ein hilfloses Gestammel: „Wir haben nicht die Macht, um die Fürstenabfindung zu verhindern, deshalb enthalten wir uns der Stimme." Auf die Frage der Arbeiterdelegation, weshalb die SPD nicht gegen die schändliche Abfindung stimme, gaben die Sozialdemokraten den Rat, sich im „Vorwärts" zu informieren. Ein SPD-Abgeordneter soll sogar einem Erwerbslosen einen Groschen angeboten haben, damit er sich den „Vorwärts" kaufen solle.

Gestern fanden in Berlin zwei überfüllte Massenversammlungen gegen den Hohenzollernblock statt, die flammenden Protest gegen die Schändlichkeiten der Fürstenknechte erhoben.

Der Kreuzzug des Weibes

Von Dr. med. R. Schmincke.

In den UT-Lichtspielen wird zurzeit ein Film aufgeführt, welcher den Konflikt zwischen den vernünftigen Lebenserfordernissen und dem starren Gesetz der Abtreibungsparagraphen behandelt.

Die Bestrafung der Abtreibung ist ein untaugliches Mittel, weil in den 50 Jahren ihres Bestehens die Zahl der Abtreibungen relativ absolut auf das Zehnfache gestiegen ist, sie ist ungerecht, weil sie ein soziales Ausnahmegesetz gegenüber dem Proletariat darstellt, sie ist schädlich, weil die Schwangeren zu Kurpfuschern und unzweckmäßiger Selbsthilfe getrieben werden, und daß 8000 Frauen jährlich dem Tode und 25 000 dem dauernden Siechtum überliefert werden.

Der Film zeigt uns die Ungerechtigkeit der Abtreibungsparagraphen. Einer „Dame" aus der sogenannten Gesellschaft ist es ein leichtes, die Leibesfrucht, welche ihre Figur schädigt, durch einen gefälligen Arzt abtreiben zu lassen. Der Staatsanwalt greift nicht ein, weil der Arzt, welcher den Eingriff vorgenommen hat, behauptet, es sei eine Lebensgefahr vorhanden gewesen.

Auf der anderen Seite sehen wir, wie ein Arzt einem Arbeiterehepaar, welches unter Not und Elend leidet, bei der eingetretenen Schwangerschaft seine Hilfe verweigert, obwohl zu erwarten steht, daß das Kind kränklich zur Welt kommen wird. Das Ehepaar schreitet zur Selbsthilfe. Der Film zeigt uns das Sterben der unglücklichen Frau. Vier Kinder stehen mit dem Vater am Sterbebette. Da tritt der Kriminalbeamte ein und verhaftet im Auftrage des Staatsanwaltes den Vater. So stehen die Kinder schutz- und hilflos allein in der Welt.

Das Gesetz zeigt sich in diesen Fällen in seiner erschütternden Schädlichkeit für die Volksgesundheit. Die Frau muß sterben, da die sachkundige Hand ihr die Hilfe verweigern muß, durch unzweckmäßige Einleitung der Fehlgeburt.

Der Staatsanwalt ist verlobt mit einer Lehrerin. Diese wohnt im Hause der Arbeiterfamilie. Sie bittet um Freilassung des Verhafteten. Vergebens. — Die Portiersfamilie im Hause hat einen erwachsenen idiotischen Sohn. Dieser stürzt sich eines Tages, nachdem er sich betrunken hat, auf die Braut des Staatsanwaltes und vergewaltigt sie. Sie wird schwanger. Nun steht sie vor der Tatsache, vergewaltigt durch den Idioten, durch Austragen der Schwangerschaft ihre Stellung als Lehrerin zu verlieren. Sie wendet sich an ihren Arzt. Nach einigem Widerstreben willigt der Arzt ein, unterbricht die Schwangerschaft, stellt sich dann freiwillig dem Staatsanwalt. Dieser erkennt, daß es sich bei dem Fall um seine Braut handelt. Er ist außerstande, die Anklage zu vertreten, ihm wird's klar, daß das Gesetz im Widerspruch mit dem Leben steht. Er entlastet seinen Amte, kehrt zu seiner Braut zurück und setzt sich hinweg über eine Welt von Vorurteilen und veralteten Gesetzen.

Dieses Lichtspiel, das so überzeugend die Unsinnigkeit der Abtreibungsparagraphen wiedergibt, geht nicht über die Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft hinaus. Wohl zeigt es die soziale Seite der Abtreibung, flüchtet aber die Not der Bevölkerung auf die Malthusische Theorie zurück, wonach sich die Menschen rascher vermehren als die Lebensmittel, anstatt zu zeigen, daß die kapitalistische Produktionsform verantwortlich für das Elend der Massen und somit auch für die aus wirtschaftlicher Not veranlaßte Abtreibung ist.

Vier Gründe ernsthafter Art gibt es für die Vornahme der Abtreibung, die gesundheitliche, die soziale, die eugenetische und die Notzuchtsindikation. Die Aerzte als Organisation erkennen nur die erste, die gesundheitliche Anzeige an. Und wenn die Gesundheit oder das Leben der werdenden Mutter gefährdet ist, darf nach ihrer Ansicht die Frucht entfernt werden. Sie verwerfen die Abtreibung aus sozialen Gründen, selbst wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schwangeren so sind, daß nicht zu erwarten steht, daß ein gesundes Kind aufgezogen werden kann. Sie verwerfen die eugenetische Indikation, d. h. sie verweigern die Unterbrechung der Schwangerschaft, selbst wenn zu erwarten steht, daß das Kind krank zur Welt kommt und mit dauerndem Siechtum behaftet ist, den Angehörigen und der Gesellschaft zur Last fällt. Sie verwerfen die Notzuchtsindikation und machen sich dadurch zu Mitbeteiligten der Folgen eines Verbrechens und der Vermehrung der Leiden der Vergewaltigten, indem sie dieselbe zwingen, das Kind auszutragen. Die Juristen teilen diesen Standpunkt. Wer etwa annimmt, daß die Vertretung dieses Standpunktes nur graue Theorie sei und daß in Wirklichkeit in der Praxis doch anders verfahren würde, irrt. So leicht es auch für die Bourgeoisie ist, gefällige Aerzte zu finden, welche für Geld ohne Indikation nur wegen der schlanken Taille oder der Winterfälle abtreiben, so sicher steht es doch, daß die Mehrzahl der Aerzte sich streng an diese Anzeichen hält. Zu welchen verruchten Konsequenzen das führt, beweist der in der medizinischen Fachpresse von Med.-Rat Dr. Pfeffer, Eindeck, mitgeteilte Fall, wo ein zehnjähriges Kind von seinem Stiefvater genotzüchtigt und geschwängert war und es nicht gelang, einen Arzt zu finden, der die Abtreibung vornahm, so daß das zehnjährige Kind ein Kind gebar. Als sie ihr Neugeborenes sah, wandte sie sich mit dem Ausdruck inneren Grauens von ihm ab und verlangte nach seiner Puppe.

Das Proletariat verlangt, daß das widersinnige, untaugliche, ungerechte und schädliche Gesetz fällt.

Wir begrüßen es, daß die UT-Lichtspiele durch die Aufführung des Stückes „Der Kreuzzug des Weibes" uns in unserem Kampfe gegen die mittelalterlichen Schandparagraphen gegen die Abtreibung zu Hilfe kommen. Es wird so der Druck der Oeffentlichkeit verstärkt gegen die starre, mit dem Leben im Widerspruch stehende Auffassung rückständiger Aerzte und Juristen und der bürgerlichen Parteien.

Die Vererbung geistiger Anlagen

„Der Mensch ist das Produkt seiner Anlagen und seiner Umwelt".

Auf Einladung des Dresdner Lehrervereins sprach vergangenen Freitag abend in den Räumen des Vereins Herr Universitätsprofessor Peters, Jena, über die Vererbung geistiger Anlagen. Er führte etwa folgendes aus: Erst spät sind Entwicklungs- und Vererbungsideen in die Forschungsarbeit der Psychologie eingedrungen. Die Psychologie weist demzufolge auf diesem Gebiet noch keine umfassenden Ergebnisse auf. Die alte Anschauung der Vererbung geistiger Eigenschaften hat sich bald als unhaltbar erwiesen, vererbt werden nur geistige Anlagen, aus denen sich erst die Eigenschaften entwickeln. Sie zur Entwicklung zu bringen, ist Sache der Entwicklungszeit, die aus der Umwelt des Kindes hervorgehen: Die besten geistigen Anlagen können bei ungünstigem Milieu verkümmern, auf der anderen Seite aber bei besten Umweltseinflüssen nicht hervorgezaubert werden, wenn sie nicht vorhanden sind. Der Mensch ist ein Produkt aus seinen Anlagen und seiner Umwelt. Um die Menschen emporzuführen, genügt nicht nur die bessere Auswahl bei der Zuchtwahl, sondern wichtiger ist die Verbesserung der Umweltbedingungen. Völlig abwegig ist es, die geistige Beschaffenheit eines Kindes aus dem Stand der Eltern und deren geistigen Fähigkeiten erklären zu wollen. Das Kind muß nach seinem seelischen Verhalten beurteilt werden. Bei einem Vergleich zwischen Arbeiterkindern und solchen aus dem Mittelstand zeigt sich eine Ueberlegenheit der letzteren. Diese sind jedoch nur auf die besseren Umweltsbedingungen zurückzuführen. — In seinem Schlußwort wies Prof. Peters die Schlußfolgerungen des Herrn Stadtschulrates Dr. Hartnacke, die der letztere für die Kinder der unteren Stände in seinen Untersuchungen zieht, zurück. Falsch seien auch demzufolge Hartnackes Folgerungen für den Aufbau unseres Schulwesens.

Die neue Arbeiter-Illustrierte erschienen!

Wir bitten die Dresdner Literatur-Obleute, diese in der Buchhandlung Oswald Groß abzuholen.

Beilage
Mittwoch, den 13. Oktober 1926

Arbeiterstimme

Nr. 228
2. Jahrgang — Tageszeitung der KPD

Kampf gegen den Fürsten-Raubzug!

An alle sozialdemokratischen Arbeiter!

Klassengenossen!

Wir wenden uns an euch, weil ein neuer unerhörter Verrat an euren Forderungen, an eurem klar ausgesprochenen Willen vom 20. Juni 1926 begangen werden soll. Im Volksentscheid sowie ihr, proletarische Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, euch ebenso einmütig für die entschädigungslose Enteignung aller ehemaligen Fürsten ein, wie die Kommunisten und insgesamt 15 Millionen Werktätige in Deutschland. Heute soll der Millionenwille des Volksentscheids mit Füßen getreten werden, und die Führer unserer eigenen Partei helfen bewußt dazu mit. Am 6. Oktober hat der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun ein Abfindungsabkommen zwischen Preußen und dem Hohenzollernhause unterzeichnet. Der Vertrag wurde bereits im Preußischen Staatsrat angenommen und soll in den ersten Tagen dieser Woche durch einen Beschluß des Preußischen Landtages endgültig in Kraft treten.

Klassengenossen! Sozialdemokratische Arbeiter!

Wißt ihr, was dieses schamlose Abfindungsabkommen bedeutet? Die davongejagten Hohenzollern-Banditen sollen insgesamt 400 000 Morgen besten Landes, darunter die Herrschaft Schwedt und das Fürstentum Oels, zahlreiche Paläste, Schlösser, Grundstücke und Wertobjekte, sowie 15 Millionen Goldmark in bar erhalten, die bis Anfang Mai nächsten Jahres vollständig ausgezahlt sein müssen. Außerdem lassen sich die Hohenzollern auch noch alle Entschädigungssummen geben, die vom Staat für die im Ausland beschlagnahmten Güter des ehemaligen Herrscherhauses auf Grund des Versailler Friedensvertrages bezahlt werden. Wozu diese Schlösser benutzt werden sollen, besagt § 7 des Vertrages, in dem es wörtlich heißt:

„Der Staat stellt dem vormals regierenden König Wilhelm II. auf etwaigen Wunsch Schloß und Park zu Homburg v. d. H. als Wohnsitz für ihn und seine Gemahlin auf Lebenszeit weiter zur Verfügung."

Das bedeutet, daß Wilhelm II. mit seinem faschistischen Hof- und Offiziersgesindel in Kürze nach Deutschland gelassen werden soll.

Jetzt begreift man, warum bereits ein Hohenzollernprinz als Leutnant für die Reichswehr eingestellt wird. Jetzt begreift man, warum die Regierung es ablehnt, auch nur einen Pfennig zur Unterstützung der hungernden Erwerbslosen zu geben. Jetzt begreift man, warum in den Schiedssprüchen der Regierung auch die kleinste Lohnerhöhung für die arbeitenden Massen brutal abgelehnt wird.

Aus dem Elend der Arbeiterschaft sollen nicht nur die Profite des Trustkapitals und die Dawesleistungen gezahlt werden, sondern auf Kosten einer ungeheuren Verschärfung ihrer Ausplünderung sollen auch die verruchten Hohenzollern mit allen Gütern, Schlössern und Millionen abgefunden werden.

Das Ergebnis des **Volksentscheids wird von dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun mißachtet,** euer Wille wird **verhöhnt, euer und unser gemeinsamer Kampf** gegen die Fürsten **soll mit einem Federstrich zunichte gemacht** werden.

Sozialdemokratische Arbeiter! Klassengenossen!

Die Kommunistische Partei hat sofort zu Beginn dieses neuen Fürstenraubzuges den Kampf für die entschädigungslose Enteignung proklamiert. Sie hat die Bewegung für den Volksentscheid eingeleitet, ohne den geringsten Zweifel darüber zu lassen, daß vom kapitalistischen Staat keine Erfüllung des Volkswillens zu erwarten ist. Sie hat auch von vornherein das zweideutige Spiel eurer Führer offen gekennzeichnet. Euer Parteivorstand hat alles Menschenmögliche aufgeboten, um das Zustandekommen des Volksentscheids zu verhindern. Eure Führer und Abgeordneten wiesen den Gedanken des Volksentscheids wochenlang als „Unsinn" und als „kommunistische Mache" zurück. Erst unter dem Druck des aufsteigenden Massensturms bequemten sie sich zur Teilnahme an der Bewegung. Und nach dem 20. Juni verhinderte abermals nur der Druck der Massen, nicht zuletzt die Erbitterung der oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter selbst, daß die Reichstagsfraktion der SPD dem schmählichen Kompromißentwurf der bürgerlichen Mittelparteien für die Fürstenabfindung zustimmte.

Inzwischen hat sich die Situation verändert. Außen- und innenpolitisch ist ein Umschwung von gewaltigem Ausmaß im Gange. **In der Hoffnung, daß die Wachsamkeit der 15 Millionen nach dem Resultat vom 20. Juni einschlafen wird, haben eure Führer neue Fäden zu dem Kompromiß gesponnen.** In allen großen Fragen unterstützen sie die bürgerliche Politik. Sozialdemokratische Führer, insbesondere Breitscheid, vollzogen an der Seite der reaktionären Reichsregierung Deutschlands Eintritt in den imperialistischen Völkerbund. Auf dem Dresdner Reichskongreß der deutschen Industriellen lud **der Scharfmacher Silverberg die SPD zum Wiedereintritt in die Große Koalition, zur gemeinsamen Regierungsbildung mit den Kapitalisten des Zentrums und der Demokraten, mit den Monarchisten der Deutschen Volkspartei ein.**

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Leipart und Graßmann antworteten bereits im „Vorwärts" mit vollster Zustimmung auf dieses Unternehmerangebot.

Gleichzeitig sind in **Preußen Verhandlungen** mit der Deutschen Volkspartei im **Gange,** um auch dort die Große Koalition zu bilden. Angesichts der Koalitionsbereitschaft eurer Führer geht die **Bourgeoisie immer frecher zu neuen Angriffen** gegen die arbeitenden Massen vor.

Sie wollen einen

Hungerwinter über das deutsche Proletariat

verhängen, wie er **seit Jahren nicht mehr da war. Dem Millionengeschenk an die Fürsten soll der Raub der Erwerbslosenunterstützung, die Hunderttausende aussteuert, die 10prozentige Mietsteigerung in Preußen folgen.**

Nicht nur wirtschaftlich werden die Arbeiter bis aufs letzte ausgeplündert und ausgesogen, sondern sie sollen auch mit allen politischen Mitteln rechtlos gemacht werden. Der Eintritt eurer Führer in die Große Koalition soll der Auftakt zum

vollständigen Raub des Streik- und Koalitionsrechts der ganzen Arbeiterschaft

werden, zu dem das Zwangssystem behördlicher Schiedssprüche, der provokatorische Eingriff des Reichsarbeitsministers Brauns gegen die streikenden Hafenarbeiter das Signal gab.

Klassengenossen!

Duldet dieses Spiel eurer Führer nicht. Durch unseren gemeinsamen Kampf haben wir 15 Millionen im Volksentscheid gegen die Fürsten mobilisiert. Durch unseren gemeinsamen Kampf haben wir das erste Fürstenkompromiß im Reichstag gestürzt. Eure Führer schworen damals Stein und Bein, daß sie von der entschädigungslosen Enteignung nicht ablassen würden. Heute machen sie ihr Versprechen wahr.

Während man damals den Hohenzollern 200 000 Morgen und 6 bis 7 Millionen Goldmark geben wollte, erhalten sie heute 400 000 Morgen und 15 Millionen Goldmark.

Während eure Führer damals durch die Arbeiterschaft zum Verzicht auf das Kompromiß gezwungen wurden, versuchen sie euch heute zu übertrumpeln. Schon haben die Braun und Severing den Schandvergleich unterschrieben. Schon hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion den Bürgerlichen feierlich versprochen, daß sie der Braun-Regierung „bei der raschen Erledigung des Vergleiches keine Schwierigkeiten machen wird". Wenn die SPD-Vertreter im Preußischen Staatsrat gegen den Vergleich stimmten, so war dies nur ein gefahrloses und demagogisches Täuschungsmanöver, da die Deutschnationalen erklärt hatten, daß sie für den Vergleich stimmen werden.

Eins eurer eigenen Parteiblätter, die „Frankfurter Volksstimme", teilt der Oeffentlichkeit mit, daß in der geheimen Sitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion beschlossen wurde, sich bei der Abstimmung des Landtages über den Hohenzollern-Vergleich in der kommenden Woche der Stimme zu enthalten.

Sozialdemokratische Arbeiter!

Ihr, die ganze Arbeiterschaft und Millionen Werktätige sollen in den nächsten vier Tagen abermals schmählich verraten und betrogen werden. **Ohne euer Wissen, hinter eurem Rücken haben sich eure Parteiführer mit den fürstlichen Räubern und Mördern verständigt.**

Duldet es nicht! Wehrt euch! Werft euch mit eurer ganzen Kraft dagegen!

Die Kommunistische Partei wird alles tun, um zu verhindern, daß der Wille des ganzen arbeitenden Volkes in Deutschland erneut durch ein Häuflein parlamentarischer Schieber und Fürstenknechte vergewaltigt wird. Die kommunistische Fraktion im Preußischen Landtag hat bereits ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung Braun-Grzesinski eingebracht.

Sozialdemokratische Arbeitsgenossen!

In letzter Stunde rufen wir euch zu: Laßt euch nicht betrügen! Nehmt mit uns gemeinsam den schärfsten Kampf gegen den neuen Fürstenraubzug, gegen den neuen Kompromißschwindel auf.

Nicht 15 Millionen, sondern keinen Pfennig, keine Handbreit Erde und keinen Ziegelstein den fürstlichen Verbrechern!

Vereitelt den betrügerischen Kuhhandelsplan eurer Führer! Greift sie an! Fordert Rechenschaft von ihnen! Sendet Delegationen in den Landtag, zu euren Führern und zum ADGB! Nehmt in den Betrieben Stellung!

Erzwingt die Anwendung der schärfsten Obstruktion im Landtag, wenn der Schandvergleich beschlossen werden soll!

Beteiligt euch mit uns gemeinsam in allen Bezirken und Betrieben an der Massenmobilisation zum außerparlamentarischen Kampf gegen den Fürstenpakt und gegen den Schandvergleich!

Bildet überall Einheitskomitees in den Betrieben zur Verhinderung der Fürstenabfindung und zur gemeinsamen Verteidigung der Lebensinteressen des Proletariats!

Beteiligt euch an dem bevorstehenden Reichskongreß der Werktätigen, der das Signal zur Aufnahme des Kampfes gegen Reaktion, Massenelend und Unternehmerdiktatur werden soll!

Heraus in Massen gegen den Fürstenraubzug!

Berlin, den 9. Oktober 1926.

Zentralkomitee der KPD.

Seht die Wählerlisten ein!

Die Wählerlisten und Wahlkarteien liegen noch bis zum kommenden Sonntag, den 17. Oktober aus.

Sichere dir dein Wahlrecht!

Die Opposition geschlagen!

Die „Prawda" zur Niederlage der Oppositionsführer.

Moskau, 10. Okt. 1926. (Telegraphen-Agentur „Inprekorr".) Der Leitartikel der „Prawda": „Die Partei und die spalterische Opposition" hebt hervor, daß die Zellen der Moskauer und der Leningrader Organisation den Oppositionsführern einen vernichtenden Schlag versetzt haben und führt weiter aus:

Die Opposition ist geschlagen. Die Partei, in erster Linie die kommunistischen Proletarier, haben einen außerordentlich hohen Grad politischer Reife an den Tag gelegt, den die von den Parteimassen losgelösten Oppositionsführer zweifelsohne nicht in Betracht gezogen haben. Die einfachen kommunistischen Arbeiter offenbarten derartige bolschewistische Stählung, derartige Fähigkeit, sich in den bedeutendsten Fragen unserer Politik zurechtzufinden, daß sie der Opposition vollkommen Widerstand leisten und die prinzipienlosen demagogischen Düfteleien ihrer bedeutendsten Führer abwehren konnten. Dadurch ist bereits in vollem Maße der politische Krach der Opposition erwiesen, wie auch die schonungslose Verschleuderung des Parteikapitals, das die Partei in Jahren und Jahrzehnten insbesondere in der Person dieser Genossen anhäufte. Es wäre kindisch, die Partei und ihre Organe dafür verantwortlich zu machen, denn ein jeder weiß, daß diese vandalische Zerstörung des Parteikapitals gegen den Willen der Partei, gegen den Willen des leninistischen, bolschewistischen Zentralkomitees erfolgte. Deshalb kann die Partei nicht die Verantwortung dafür tragen, daß das in diesen Genossen verkörperte Parteikapital durch sie verschleudert und zersplittert wurde, daß davon nur klägliche Ueberreste übrig geblieben sind. Die Partei ist nicht dafür verantwortlich, daß diese Genossen, die einstmals neben anderen Träger der politischen Erfahrung der Partei waren, zu Zerstörern der ruhmreichen historischen Ueberlieferung des Bolschewismus geworden sind. Die Partei hütete sorgsam jede Kraft, die ihr von Nutzen sein konnte. Die Partei offenbarte unerhörte Geduld und Duldsamkeit, da sie richtig erkannte, daß die Heranbildung des Führerkaders der Partei ein äußerst schwieriges und langwieriges Werk ist und da sie erhoffte, daß die Oppositionsführer ihre Irrtümer gutmachen würden. Die Partei trifft keine Schuld, daß ihre Hoffnungen scheiterten. Wenn ganz einfache proletarische Kommunisten die jedes Maß überschreitenden Oppositionsführer zurechtwiesen, so zeugt dies nicht von der Schuld der Partei, sondern von ihrer Reife. Soll die Partei künftighin nicht mehr durch diese Oppositionsführer erschüttert werden, soll uns die geringste Hoffnung bleiben, daß sie sich besinnen und ihre schweren Irrtümer einsehen werden, so muß die Partei dem Beispiel der Kommunisten der „Roten Putilow-Werke" folgen, die in ihrer vortrefflichen Resolution nach dem Auftreten Sinowjews die wahren Gefühle der Partei am besten zum Ausdruck gebracht haben. Sie fordern, daß das ZK mit den „empörenden Gastspielen" der Oppositionsführer, die „faktisch eine neue Diskussion herbeiführen", aufräume. Sie protestieren entschieden gegen das „unbolschewistische Verhalten der Oppositionsführer, Sinowjew, Trotzki und anderer, die die Parteikollektive aufsuchen und die sachliche Durchführung der Resolutionen des 14. Kongresses untergraben", sie verlangen von der Opposition die „bedingungslose Unterwerfung unter die Beschlüsse des 14. Parteikongresses und des Plenums des ZK und der ZKK", die „sofortige Einstellung der fraktionellen Tätigkeit, die die Parteieinheit zerstört", die „Einstellung der Verbreitung illegaler Literatur", die „unzweideutige Lostrennung vom liquidatorischen, gegenrevolutionären Standpunkt Ossowskis, Medwedjews und Schljapnikows, sowie die Verurteilung dieses Standpunktes". Wahrlich, es ist unmöglich, ein ruhiges Milieu für die Arbeit der Partei, zur Ueberwindung der enormen Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbauwerkes und zur Bewältigung unserer großen internationalen Aufgaben zu schaffen, falls die Oppositionsführer offenkundig vor der gesamten Partei und vor der Komintern nicht erklären, daß sie die Schädlichkeit ihrer fraktionellen Tätigkeit einsehen, falls sie dieselbe nicht unverzüglich einstellen, ihre Fraktion nicht auflösen, nicht entschieden und offenkundig zwischen sich und den verschiedenen Ossowski, Kutschs, Ruth Fischers, Medwedjews, Schljapnikows und Konsorten eine scharfe Grenzlinie ziehen, falls sie die schändlichen Verleumdungen der Partei und deren Führerbestandes nicht zurücknehmen. Sonst kann keine Sicherheit bestehen, daß die Versuche, die Partei zu erschüttern, nicht in folgenden Etappen unserer schwierigen Aufbauarbeit wiederholt werden. Die Partei muß ihrerseits alle in ihren Kräften stehenden Maßnahmen treffen, um sich gegen derartige Erschütterungen in der Zukunft zu sichern, insbesondere, wie die Resolution des Politbureaus besagt, durch die „Auferlegung entsprechender Parteistrafen", die durch Parteisatzungen und Entschließungen der Parteikongresse, insbesondere in der von Lenin abgefaßten Resolution des 10. Kongresses über die Parteieinheit festgelegt sind. Daneben müssen die Lehren des Ansturmes der Opposition zum Gegenstand eines Massenstudiums werden, damit sich das umfangreiche Arsenal der bolschewistischen Partei mit einer weiteren Lehre aus dem Kampf gegen die kleinbürgerlichen Schwankungen innerhalb der Partei und gegen die kleinbürgerlichen Einflüsse auf das Proletariat bereichere.

Die Massenbewegung für den Kongreß der Werktätigen

In der letzten Sitzung des Ortsausschusses des ADGB Wiesdorf, der in seiner Mehrheit aus SPD-Kollegen besteht, wurde einstimmig **ein SPD-Arbeiter** zum Kongreß der Werktätigen als Delegierter gewählt.

Das Gemeindeverordnetenkollegium in **Harthau bei Chemnitz** beschloß in seiner letzten Sitzung mit den Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten, einen Delegierten zum Kongreß der Werktätigen zu entsenden. Gleichzeitig wurden auch die Mittel für die Delegation bewilligt.

Der Ortsausschuß des ADGB in **Limbach** (Sachsen) sprach dem Kongreß der Werktätigen seine wärmste Sympathie aus und beschloß, diesen Kongreß zu beschicken. Der Ortsausschuß forderte vom ADGB die Unterstützung des Kongresses.

Die Generalversammlung des Konsumvereins in **Nürtingen** (Württemberg) erklärte ihre Sympathie für den Kongreß der Werktätigen. Die Sympathieerklärung wurde, bei Anwesenheit von etwa 44 SPD-Stimmen, einstimmig angenommen.

Die Mitgliederversammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner, Ortsgruppe **Eßlingen,** nahm eine Entschließung für den Kongreß der Werktätigen an.

Die Belegschaft der Firma Gebrüder Weber, Möbelfabrik in **Eßlingen,** erklärte sich für den Kongreß der Werktätigen.

Die Vertreterversammlung des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit in **Stuttgart** begrüßte einstimmig die Vorbereitung des Kongresses der Werktätigen und forderte ihre Bundesleitung auf, den Kongreß zu beschicken.

Der Krach bei den Demokraten

Die armen Demokraten haben ihre Kandidaten noch nicht aufgestellt, sie bekommen ihre Listen nicht fertig. Da sie keine Aussicht hatten, bis zum festgelegten Termin die Listen zusammenzubringen, haben sie die Spitze der Liste für alle drei Kreise einheitlich festgelegt: Dehne — Seyfert — Claus.

Die Demokraten suchen reaktionäre Kandidaten, oder solche, die, wie Claus, auf jeden Fall mitmachen.

Der frühere zweite Landesvorsitzende Günther ist bekanntlich ausgetreten. Man hat einen kapitalkräftigeren Herrn als Kandidaten gesucht. Neben dem reaktionären Weigelt brauchte man einen anderen. In der Abstimmung war Günther mit einigen Stimmen gegen Demmring unterlegen. Nach den eigenen Mitteilungen Günthers hatten sich die „demokratischen Geister" dabei eine hübsche Schiebung angelegen sein lassen. Erst bot man Günther, wenn er verzichte, wieder zu kandidieren, den Ehrenvorsitz der Demokratischen Partei an. Als er ablehnte, setzte man andere Mittel in Bewegung. Demmring gab ein Diner und dort wurde die notwendige Bearbeitung derer, die zu wählen hatten, vorgenommen.

Die Gegenseite wirft Günther vor, er habe durch die Abgabe von zu viel Stimmen, durch Stimmen von nicht mehr bestehenden Ortsgruppen sich selbst gewählt.

So sieht diese Partei der „Vertreter der Kleinbürger" aus. Die Kleinbürger werden gut tun, diese Gesellschaft unter sich zu lassen.

Dresden

13. Oktober 1923: Erklärung sächsischer Zeigner-Regierung gegen Militärdiktatur. — **Erstes Ermächtigungsgesetz im Reichstag mit 316 gegen 24 Stimmen angenommen.** — 1909: Francisco Ferrer, Anarchist und Vorkämpfer der „Freien Schule", in Montjuich bei Barcelona wegen „Hochverrat" (Agitation gegen spanischen Marokko-Feldzug) erschossen. — 1891: Massensterben in Rußland infolge Hungersnot. — 1885: **Gerichtliche Schließung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins.**

Das Ermessen des Gerichts

Der „reformierte" § 218.

Den Frauen, die sich angstbeschwert
Vor Elend und Geburt gewehrt,
Wird künftig in Prozessen
Vom Amtsgerichtsrat (wie er's nimmt)
Der Strafe Umfang frei bestimmt:
„Nach des Gerichts Ermessen!"

Zwar hat des Amtsgerichtsrats Braut
Bei ihrem Hausarzt vorgebaut:
„Wenn wir uns mal vergessen ..."
Der brave Mann sprach: Ich weiß Rat,
Denn nur die Dummen straft der Staat
„Nach des Gerichts Ermessen!"

Drum bleibt es wie zu jeder Zeit.
Von läst'gem Zwange sind befreit
Die Damen und Mätressen.
Ihr Weiber aus dem Volk: gebärt,
Damit man nicht mit euch verfährt
„Nach des Gerichts Ermessen!"

Mordprozeß Böhme

Am Montag nachmittag wurde am Tatorte ein Lokaltermin abgehalten, wozu der Amtsgerichtsrat Friedrich, Pirna, sowie die drei „Tatzeugen" des ersten Verhandlungstages vernommen wurden. Herr Böhme leugnet auch hier wie im Gerichtssaale. Der Ort, von wo Böhme ca. 14 Tage vor dem fraglichen Schuß seine dritte Frau vom Felsen abzustürzen versuchte, konnte nicht genau ermittelt werden. Der einzige Augenzeuge, Frau Böhme, ist tot.

In der Dienstagverhandlung nun sollen die Zeugenvernehmungen beendet werden. Es wird dabei festgestellt, daß Dr. Böhme in der Kunst zur Ergatterung eines neuen „Goldfischchens" ein wirkliches Genie war. Wenn nichts mehr zog, so versuchte er es mit künstlicher Reizung der Tränendrüsen. So schildert die Schwägerin der erschossenen Frau, wie auch deren Nichte, wie Dr. Böhme in der raffiniertesten Weise es verstand, die erschossene Frau, unter Niederlegung eines großen Kranzes am Grabe ihres ersten Mannes zur Zurücknahme ihrer Absage zu bewegen, und wie er dann kurze Zeit darauf nach einer Weinzeche ein Testament zu seinen gunsten errichten ließ. Die Schwägerin der Frau Böhme schildert weiter, wie der Angeklagte nach dem Vorfall meisterhaft den Erschütterten gespielt habe, wie er aber schon wenige Minuten darauf seelenvergnügt den Weinkeller besuchte und diesem einige Flaschen zu seinem Troste entnahm, sowie, daß er ihr verbot, die Verwandten in Dresden von dem Vorfall zu verständigen. Als sie es trotzdem getan hatte und der Bruder der erschossenen Frau nach dort kam, machte er ihr hierüber heftige Vorwürfe und bemerkte: der würde ihm nun den ganzen Plan stören. Zeugin Frau Z., die als Waschfrau bei der erschossenen Frau war, sagt aus, daß ihr Frau Böhme wiederholt erzählt habe, daß ihr der Angeklagte, nebst seiner Wirtschafterin (mit der er unzertrennlich war), nach dem Leben trachte. Frau W. schildert, daß ihr die erschossene Frau (mit der sie seit 31 Jahren befreundet war) erzählt habe, sie habe B. (unter Zusicherung ihres halben Vermögens — etwa 200 000 Mark —) auf den Knien um ihre Freiheit gebeten, was der Angeklagte jedoch abgelehnt hat. Wie schon am Sonnabend, wurde auch am Dienstag wieder bei zwei Zeugen — wegen Gefährdung der Staatssicherheit — und außerdem noch bei einer Zeugin — wegen Gefährdung der Sittlichkeit — die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Mittwoch 9,30 Uhr soll mit dem Plädoyer begonnen werden, so daß eventuell in den Nachmittags- oder Abendstunden die Urteilsfällung erwartet werden kann. P.

Nach einer Diskussion mit Faschisten vermißt!

Wie wir erfahren, ist in der Nacht vom 7. zum 8. Oktober der 26 Jahre alte Arbeiter Kurt Augermann, wohnhaft Mittelstraße 32, Hinterh. 1. Stock, nach einer Auseinandersetzung mit Mitgliedern der Nationalsozialistischen Partei in der Reichsbahnstraße spurlos verschwunden. Der Vermißte war mit einem blauen Jakettanzug bekleidet und trug schwarze Halbschuhe und dunkelgraue Sportmütze. Er ist 170 Zentimeter groß. Mitteilungen über seinen Verbleib sind umgehend an die Vermißtenabteilung der Kriminalpolizei oder an die Redaktion der „Arbeiterstimme" zu richten.

Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt

Wieder um 587 gestiegen.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich nach dem Bericht des Arbeitsnachweises wieder verschlechtert. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist um 587 auf 30 927 gegen 30 340 in der Vorwoche gestiegen. Aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge wurden insgesamt 34 947 Personen unterstützt, davon waren 29 745 Vollerwerbslose, 12 627 Zuschlagsempfänger und 1575 Kurzarbeiter. Die Zahl der nichtunterstützten Kurzarbeiter beträgt ungefähr 5500.

Der entlassene Betriebsrat

Arbeitsgericht.

Eine Möbelfabrik hatte, angeblich wegen der schlechten Betriebsverhältnisse, sechs Schlosser entlassen, darunter ein Betriebsratsmitglied. Der Betriebsratsvorsitzende erklärte hierzu, daß bei gutem Willen der Firma der Betriebsrat hätte weiterbeschäftigt werden können. Die Firma verlangte Erteilung der Zustimmung zu dieser Entlassung. Da sie jedoch nicht in der Lage war, nachzuweisen, daß die Entlassung des Betriebsrates „im Interesse des Betriebes erfolgen müsse", entschied das Gericht auf Rücknahme der Kündigung und Wiedereinstellung des Betriebsratsmitgliedes. Die Firma hatte, was längst in Deutschland vom Unternehmertum erfolgreich durchgeführt wird, den Abbau und die Beseitigung der kümmerlichen Vorrechte der Betriebsräte mit etwas zu durchsichtigen Mitteln zu fördern versucht. Das nächstemal wird sie wohl klüger sein. Ob die Arbeiter aber auch gelernt haben?!

*

Wer pfeift, wird entlassen

Gewerbegericht.

Wie weit das Unternehmertum bzw. seine Vertreter in der Erdrosselung der einfachsten Rechte der Arbeiter vorstoßen können, zeigte drastisch eine Gewerbegerichtsverhandlung, in der ein Monteur gegen seine Firma auf Wiedereinstellung oder Zahlung eines entsprechenden Betrages klagte. Der Grund der Entlassung? Der Automobilmonteur pfiff gern bei der Durchführung seiner Arbeit. Der Betriebsleiter empfand das als eine „unerhörte Störung" und sandte einen Boten mit der Anweisung, der Monteur solle sofort das Pfeifen einstellen, da dies „ihn störe". Worauf der Mann lachend den Boten fragte, ob „der da drin nicht weiterschlafen könne". Der Bote berichtete dies wortgetreu, und nun eilte der Gestrenge eigenfüßig herbei, um nochmal dem lustigen Monteur das Pfeifen bei der Arbeit zu verbieten. Der erstaunte Arbeiter erklärte nun dem Betriebsleiter, daß das Pfeifen doch unmöglich so schlimm sei, daß es verboten werden müßte. Der Mann wird darauf auf der Stelle entlassen.

Selbst das Gericht mußte zugeben, daß hier höchstens ein Verweis hätte erfolgen können und verurteilte die Firma zur Zahlung des geforderten Betrages.

„Quäle nie ein Tier ..."

Ein Arbeiter schreibt uns: Am Freitag, den 8. Oktober, vormittags gegen 10 Uhr, beobachtete ich in der Dresdner Heide oberhalb des „Wilden Mannes" zwei sich auf Pferden nähernde Polizeibeamte. Das eine Pferd wurde mit einem Male unruhig und bäumte sich hoch auf. Trotzdem der Beamte versuchte, das Pferd zu bändigen, gelang ihm das nicht, so daß ihm sein Kollege zu Hilfe kommen mußte, um das Tier beim Abstieg zu halten. Daraufhin beruhigte sich das Pferd. Statt nun weiter zu reiten, schlugen jetzt beide gemeinsam 5 bis 10 Minuten mit ihren Reitpeitschen auf das Tier rücksichtslos ein. Man sollte eigentlich annehmen, daß mit dem Dienst eines Berittenen nur solche Beamte betraut werden, die auch tatsächlich mit Tieren umzugehen verstehen. Dieser Vorfall erweckte in mir unwillkürlich den Gedanken an das Vorgehen gewisser Beamten bei Erwerbslosenunruhen, wo man beobachten konnte, daß ein Teil der Sipo mit wahrer Freude und Genugtuung mit dem Gummiknüppel auf die hungernden Arbeiter losschlug. Es scheint schon wahr zu sein, daß Roheit gegen Tiere mit Roheit Menschen gegenüber verbunden sein muß. Ob sich solche Leute besonders gut für die Kühnsche „Schutz"polizei eignen?

Volkshochschule. Donnerstag, den 14. Oktober, beginnen: Moritz Durach: Völkerkundliche Fragen des Auslanddeutschtums, 7,30 bis 9 Uhr alle 14 Tage in der Oberrealschule Johannstadt, Marschnerstraße 18; Dr. Felix Gotthelf: Lied und Tanz, 7,30 bis 9 Uhr in der Altstädter Höheren Mädchen- und Frauenschule, Zinzendorfstraße 15; Dr. Albert Richter: Weltmächte der Gegenwart. (Einführung in weltpolitisches Verstehen.) 7,30 bis 9 Uhr im Wettiner Gymnasium, Wettinerplatz 13; Alexander Steinhardt: Von der Wirtschaft und dem Sinn des Lebens, 7,30 bis 9 Uhr im Wettiner Gymnasium, Wettinerplatz 13; Rudolf Troitzsch: Die deutsche Romantik und Heinrich Heine. 1. Die deutsche Romantik, 7,30 bis 9 Uhr im Wettiner-Gymnasium, Wettinerplatz 13. Teilnehmerkarten zu den Lehrgängen — soweit noch vorhanden — in der Geschäftsstelle, Georgplatz 5, 1.

Volkshochschule. Der zweite Volkstanzkursus (Anfänger) von Gernot Nitzsche findet ab Donnerstag, den 14. Oktober, abends 7 bis 9 Uhr in der Turnhalle der 35. Volksschule, Bünaustraße 32, statt. Teilnehmerkarten hierzu am Abend selbst beim Kursleiter.

Esperanto-Kursus der Arbeiter-Esperanto-Gruppe, Sektion Löbtau, beginnt Freitag, den 15. Oktober, abends 7 Uhr, im Jugendheim, Poststraße 15. Die Kursusdauer beträgt ungefähr 6 Monate. Der Kursusbeitrag wird so berechnet, daß die Unkosten (Lehrbuch, Zimmermiete usw.) gedeckt werden. Erwerbslose, Lehrlinge und Mitglieder des Arbeiter-Radio-Klubs erhalten Ermäßigung.

Aus Ostsachsen

Freital. (Jugendweihen.) Der Ausschuß der weltlichen Schule hat die Leitung der Jugendweihe auch für Ostern 1927 übernommen. Da der Ausschuß auf dem Standpunkt steht, daß der Unterricht auf wenige Stunden beschränkt werden kann, so wird der Beginn erst nach Weihnachten festgesetzt werden. Die Anmeldungen jedoch müssen unbedingt vorher erfolgen. Einzelheiten werden noch bekanntgegeben werden.

Freital. Der Arbeiter-Esperantobund für das deutsche Sprachgebiet, Distrikt Dresdner Industriegebiet, veranstaltet nächsten Donnerstag, den 14. Oktober, im Arbeitersekretariat, Untere Dresdner Str. 120, abends 7 Uhr einen Anfängerkursus der Welthilfssprache Esperanto. Die Kursusdauer beträgt ungefähr sechs Monate. Der Kursusbeitrag wird so berechnet, daß die Unkosten (Lehrbuch, Zimmermiete usw.) gedeckt werden.

Dippoldiswalde. (Der Dank des Vaterlandes. — Eine Richtigstellung.) In unserem Bericht in Nr. 223 sandet uns der Kriegsbeschädigte E. Reuter eine Zuschrift, in der er mitteilt, daß nach seinen Erkundigungen nicht mehr behauptet werden kann, daß er von einem Arzt ohne jede Untersuchung erwerbsfähig geschrieben worden sei. Außerdem soll es nicht heißen, daß die Möglichkeit besteht, seitens der Ortskrankenkasse eine Aenderung des Attestes vorgenommen worden sei, sondern daß der Krankenkassenvorstand sich äußern solle, von welcher Seite aus die Aenderung des ärztlichen Gutachtens des Stadtkrankenhauses Freital vorgenommen worden ist. Wir bitten unsere Leser, diese Irrtümer unseres Berichterstatters zu berücksichtigen.

Meißen. (Jugendfeier der proletarischen Freidenker.) Für alle Kinder, die Ostern 1927 die Schule verlassen und an der Jugendfeier der proletarischen Freidenker teilnehmen, findet Anfang November der Moralunterricht statt. Die Eltern der in Frage kommenden Kinder werden hiermit ersucht, dieselben umgehend bei folgenden Genossen eintragen zu lassen: Vogel, Riedberführer Str. 39, Tennstädt, Gustav-Graf-Str. 38, Günzel, Gartenstr. 2, Genz, Lutherplatz 5, Fermer können die Eintragungen noch in sämtlichen Bureaus der freien Gewerkschaften, Martinstraße 6, getätigt werden. Der Tag der Einteilung der in Frage kommenden Schulen wird in den nächsten Tagen bekanntgegeben.

Kamenz. (Heraus zum Roten Tag!) Am 16. und 17. Oktober, findet hier ein rotes Werbetreffen des RFB und der KPD statt zur Mobilisierung der Arbeiter für die kommenden Landtags- und Gemeindewahlen. Es gilt, der Reaktion zu zeigen, daß auch im schwärzesten Winkel Sachsens sich die Massen sammeln unter der roten Fahne und gewillt sind, ein rotes Arbeitersachsen zu schaffen. Wir wollen den Faschisten und Verrätern an der Arbeiterschaft zeigen, daß der revolutionäre Gedanke trotz aller Schikanen und allen Terrors beginnt, sich in den Massen einzuwurzeln. Da am gleichen Tage die Faschisten Schlußkundgebung haben, ersuchen wir die Kameraden und Genossen der Umgebung, sich zahlreich zu beteiligen, damit unsere Demonstration ein wuchtiger Aufmarsch wird. Am Sonnabend, den 16. Oktober, abends 8 Uhr findet Kommers im „Gasthof zum Löwen" statt. Sonntag, 2 Uhr nachmittags folgt die Demonstration mit Ansprache des Genossen Dr. Schmincke. Standquartiere sind: Restaurant „Schloßberg" und „Gasthof zum Löwen". Quartiermeldungen sind zu richten an Gen. Walter Schneider, Kamenz, Königsbrücker Str. 10.

Cossern. Tödlich verunglückte am vergangenen Sonnabend der Steinarbeiter Artur Richter von hier. Er fuhr mit dem Rade am Raundorfer Berge so heftig gegen ein Steingeschirr, das angeblich ohne Licht war, daß er schwere Verletzungen am Unterleibe erlitt, an deren Folgen er nach wenigen Stunden starb.

Volkshaus Pirna

Zugunsten der englischen Bergarbeiter am Freitag, den 15. Oktober, abends 8 Uhr:

Konzert

vom Arbeiter-Sport- und Bildungskartell Pirna. Eintritt 50 Pf., Erwerbslose 25 Pf.
Genossen der KPD, des KJ., RFB., der KG., IAH. agitiert für Massenbesuch!

Bautzen-SD. Erwerbslose, Kurzarbeiter! Der Vorstand des Erwerbslosenrat Bautzen-Süd fordert diejenigen, die im Besitz von Erwerbslosenmarken sind, auf, diese spätestens bis zum 20. Oktober an den Vorsitzenden des Erwerbslosenrates abzurechnen. Die restlichen Marken müssen abgeliefert werden.

Zittau. (Heraus mit Max Hoelz!) Die Ortsgruppe der „Roten Hilfe" hatte die Genossin Hoelz aufgefordert, in einer Versammlung zu sprechen. Am Bahnhof hatten sich zum Empfang die hiesigen Organisationen der RHD, des RFMB, der KPD und des KJVD eingefunden, um die Genossin Hoelz nach dem Saal zu geleiten. Die Versammlung war sehr gut besucht. Auch einige Faschisten fehlten nicht. Müllers Polizei hatte ebenfalls zwei prominente Vertreter entsandt. In klaren, eindringlichen Worten schilderte Genossin Hoelz an Hand von Material den Leidensweg der Opfer sozialistischer Klassenjustiz, insbesondere den des Genossen Max Hoelz. Unter stürmischem Beifall forderte sie die anwesenden Arbeiter auf, im Kampfe um die Beseitigung der Klassenjustiz nicht zu erlahmen. Einem Faschisten, der sich in der Diskussion für Hitler ins Zeug legte, und einem USP-Mann, der Wahlpropaganda für seine Gruppchen zu machen versuchte, trat Gen. Heptner entgegen. Nach einem kurzen Schlußwort wurde die glänzend verlaufene Versammlung unter dem Gesang der „Internationale" geschlossen. Der Erfolg ist außerordentlich groß: 31 neue Mitglieder wurden für die „Rote Hilfe" geworben, eine Anzahl Broschüren von Erich Mühsam: „Gerechtigkeit für Max Hoelz" wurden umgesetzt. Die Broschüre, die wertvolles Material über den Justizskandal im Falle Hoelz liefert, ist noch zum Preise von 40 Pf. bei allen Funktionären der RH zu haben. Sie kann allen Arbeitern nur empfohlen werden.

Seifhennersdorf. (Der „Geburtstag" des Arbeitergesangvereins.) Unter zahlreicher Beteiligung der auswärtigen Brudervereine diesseits und jenseits der Grenze und unter Mitwirkung des Quartetts vom „Volkschor Freital" fand am 9. d. M. das 20. Stiftungsfest des hiesigen Arbeitergesangvereins statt. Der „Jubilar" gab vor der eigentlichen Feier selbst etwas zum besten. Die gemischten und Frauenchöre wurden exakt und stimmrein vorgetragen, nur fehlte* beim Männerchor „Kampfes" etwas Schwung. Die Aussprache läßt auch noch zu wünschen übrig. Die Gründer, die alten Sangesgenossen Max Wünschmann, Gustav Kreuz, Rich. Hamann und Robert Häusel, wurden bei der Ueberreichung der Aufnahme des Vereins beglückwünscht. Beim anschließenden Konzert boten die Brudervereine Neugersdorf, Rumburg, Großschönau, Cunewalde, Leutersdorf, Taubenheim ihr Bestes. Der gut verlaufene Abend hat dem Verein neue Kraft für weitere Arbeit gegeben.

Seifhennersdorf. Oeffentliche Mieterversammlung.) Am kommenden Sonnabend, den 16. Oktober, abends 8 Uhr hat der Mieterverein Seifhennersdorf eine große öffentliche Mieterversammlung nach dem „Kronensaal" einberufen, in der ein Vertreter des Bundes über die brennenden Tagesfragen der Mieterschaft sprechen wird. Die gesamte Einwohnerschaft ist hierzu eingeladen.

Vom Tage

Neue Typhusfälle.

Angermünde. Hier sind 10 neue Typhusfälle festgestellt worden. Aus der ganzen Umgebung werden zahlreiche Typhuserkrankungen gemeldet.

Tigerüberfall im Zirkus Krone.

Leipzig. In der Abendvorstellung des Zirkus Krone wurde ein riesiger bengalischer Tiger wütend und fiel den Dompteur an. Mit außergewöhnlicher Selbstbeherrschung bändigte dieser das rasende Tier, trug jedoch eine erhebliche Wunde am Oberarm davon. Er wurde nach Anlegung eines Notverbandes dem Arzt zugeführt.

Todesopfer des Sturmes.

Amsterdam. Der Sturm hat in Holland zahlreiche Todesopfer gefordert. Zwei Heringsfänger gingen mit der gesamten Besatzung unter. Dabei gingen in einem Falle 13, im anderen 12 Menschen zugrunde. Ein dritter Heringsfänger ist verschwunden, man befürchtet auch hier das schlimmste. Ein Schlepper, der überrannt wurde, versank. Die vier Mann starke Besatzung kam in den Fluten um. Aus den Gebieten der Maas werden riesige Ueberschwemmungen gemeldet.

Rundfunk

Mittwoch, den 13. Oktober:

4,30—6 Uhr: Nachmittag für Kinder. Dresdner Rundfunkorchester. Dirigent: Gustav Agunte.
Dazwischen liest Nina Waldisberg eigene Märchen.
6,30—6,45 Uhr: Morsekursus.
6,45—7 Uhr: Arbeitsbericht des Sächsischen Landesamtes für Arbeitsvermittlung.
7 Uhr: Wettervoraussage.
Renaissance. (2. Abend.)
7,15—7,45 Uhr: Prof. Dr. Victor Klemperer-Dresden: „Dante".
8 Uhr: Dante-Abend (1265—1321). Mitwirkende: Friedrich Ehrhardt-Dresden (Rezitationen). Das Leipziger Sinfonie Orchester. Dirigent: Alfred Szendrei. Die Leipziger Oratorienvereinigung.
10 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
Anschließend: Funkpranger.
10,15—12 Uhr: Tanzmusik.

Donnerstag, den 14. Oktober:

3—4 Uhr: Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts, Berlin (Deutsche Welle).
3 Uhr: Prof. Dr. Amsel und Oberschullehrer Westermann: Einheitskurzschrift.
4,30—6 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber.
6,30—6,45 Uhr: Aufwertungsrundfunk.
6,45—7 Uhr: Steuerrundfunk.
7—7,25 Uhr: Vortragsreihe: „Zur deutschen Muttersprache". Vortrag. Dr. Alfred Römer: „Der psychologische Unterbau".
7,25 Uhr: Wettervoraussage.
7,30 Uhr: Uebertragung aus dem Deutschen Nationaltheater Weimar: Die lustigen Weiber von Windsor. Komische Oper in drei Akten, nach Shakespeares Lustspiel bearbeitet von H. S. Mosenthal. Musik von Otto Nicolai. Musikalische Leitung: Karl Fischer. Spielleitung: Maximilian Moris.
10,45 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.

Funkstille.

Arbeiter-Radio-Klub Dresden, Gruppe Altstadt. Mittwoch, den 13. Oktober, abends 8 Uhr im Rest. „Braunschweiger Hof", Freiberger Platz, Bastelabend. Geräte mitbringen. — Gruppe Neustadt. Donnerstag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr im Rest. „Neustädter Eberlbräu", Grenadierstraße 8, Vereinsabend mit Vortrag.

*

Ein bunter Abend des Arbeiter-Radio-Klubs. Der Arbeiter-Radio-Klub Dresden veranstaltet kommenden Sonnabend, den 16. Oktober, in den neu vorgerichteten Volkswohlsälen einen Bunten Abend. Mitwirkende sind die Prominenten der Dresdener Sendestelle, das Dresdner Streichquartett, Theodor Sommer und Carl Blumau. Die anschließende Tanzmusik wird ausgeführt vom Dresdner Rundfunkorchester unter Leitung von Gustav Agunte. Eintrittskarten zum Preis von 70 Pf. in der Geschäftsstelle des Arbeiter-Radio-Klubs, Gr. Meißner Straße 3, und an der Abendkasse.

Voraussichtliche Witterung am 14. Oktober (Donnerstag): Starke Winde aus W. bis NW. mit veränderlicher Bewölkung, Regen- und Schneeschauern und wieder sinkender Temperatur.
Am 15. Oktober (Freitag): Ruhiger, zeitweise heiter, bis weilen wolkig, vorwiegend trocken. Früh kalt, freisig, am Tage milder.

Verlag: „Arbeiterstimme" — Druck: „Peuvag"-Filiale Dresden
Verantwortlicher Redakteur: Willy Schneider, Dresden

Der Raub des Streikrechts

Der ADGB. verteidigt seinen Verrat

Die Abwürgung des Hamburger Hafenarbeiterstreiks durch die staatlichen Schlichtungsbehörden und die Gewerkschaftsführer hat blitzartig der ganzen deutschen Arbeiterklasse gezeigt, wie ihr auf „kaltem Wege" — langsam aber sicher — das Streikrecht, die wichtigste Waffe und ausschlaggebende in dem Kampf um ihre Existenz gegenüber dem Kapital, geraubt wird.

Die Empörung der Arbeitermassen und Gewerkschaftsmitglieder ist so groß, daß sich der ADGB.-Vorstand gezwungen sieht, in einem offiziellen Artikel im „Vorwärts", seine Schandtaten zu rechtfertigen.

Dieser Rechtfertigungsartikel ist so provozierend und schlägt den vitalsten Interessen der Arbeiterklasse so ins Gesicht, daß wir für notwendig halten, ihn nachstehend vollinhaltlich und wortwörtlich zum Abdruck bringen. Der Artikel hat folgenden Wortlaut:

Streik und Gewerkschaften

Gegen kommunistische Demagogie

Aus dem Büro des Bundesvorstandes des ADGB. wird uns geschrieben:

Die kommunistische Presse bringt fortlaufend, und zwar immer dann, wenn die Gewerkschaften einen Streik, den sie nach Ansicht der Kommunistischen Partei führen sollen, nicht durchführen, längere Artikel, in denen die Gewerkschaften in demagogischer Weise angegriffen werden. Regelmäßig werden folgende Behauptungen aufgestellt:

1. Der ADGB. wolle das Streikrecht der Arbeiter beseitigen,

2. der ADGB. sei zu dieser Maßnahme infolge seiner Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern verpflichtet, und

3. das geltende Arbeitsrecht verbiete den Gewerkschaften in keiner Weise, gegen einen Zwangstarif den Streik auszurufen und Streikunterstützung zu bezahlen.

Die Gewerkschaften sind durchaus selbständige Körperschaften, die sich vor keiner politischen Partei zu rechtfertigen brauchen. Außerdem ist es vollkommen aussichtslos, die Kommunistische Partei aufzuklären, da diese ihre falschen Behauptungen wissentlich aufstellt und nicht daran denkt, sich eines Besseren belehren zu lassen, weil sie glaubt, nur durch demagogische Mittel ihre Ziele erreichen zu können.

Damit die Gewerkschaftsmitglieder sich gegen derartige Verleumdungen wehren können, seien hier die wirklichen Tatsachen geschildert:

1. Niemals hat der ADGB. oder haben die Gewerkschaften irgendwie auf das Streikrecht verzichten wollen. Im Gegenteil, der Streik wird nach wie vor als die schärfste Waffe der Gewerkschaften angesehen, die angewendet werden muß, wenn es unbedingt notwendig ist. Daher lehnen die Gewerkschaften jede Behinderung in der Anwendung dieses letzten Kampfmittels unter allen Umständen ab. Daß das geltende Schlichtungswesen allerdings die Anwendung des Streiks immer dann unmöglich macht, wenn durch die Verbindlicherklärung eines Schiedsspruches ein Zwangstarif entsteht und daß insofern eine Einschränkung der Streikfreiheit besteht, darauf haben die Gewerkschaften die Arbeiter immer wieder hingewiesen. In den Jahrbüchern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für 1924 und 1925 ist dies in dem Kapitel „Schlichtungswesen" besonders eindringlich geschehen. Wären nicht nur ein Teil, sondern die Mehrzahl der Arbeiter Mitglieder der Gewerkschaften, dann würden die Gewerkschaften auf die Zwangstarife verzichten können. Aber auch dann würden die Gewerkschaften zu keinem Streik aufrufen, der sich gegen den Bestand eines geltenden Tarifvertrages richtet, weil zu den Grundlagen der Gewerkschaftsbewegung die Tariftreue unbedingt gehört.

2. Es ist selbstverständlich absoluter Unsinn, wenn behauptet wird, daß die Gewerkschaftsführer, insbesondere die ADGB.-Führer, auf den Streik verzichten müssen, weil sie sich den Unternehmern gegenüber hierzu verpflichtet hätten. Die Gewerkschaften haben sich in gar keiner Weise gegenüber den Unternehmern zur Aufgabe oder Preisgabe irgendwelcher Arbeiterrechte verpflichtet. Das war selbst zu der Zeit nicht der Fall, als die Zentralarbeitsgemeinschaft bestanden hat und ist heute erst recht nicht der Fall. Das Wesen der freien Gewerkschaften schließt es geradezu aus, daß sie etwa den Unternehmern zuliebe Arbeiterrechte preisgeben können. Wenn Rechte vorübergehend preisgegeben werden müssen oder neue Rechte nicht errungen werden können, so ist dies immer nur allein darauf zurückzuführen, daß die Arbeiterklasse den Wert der Gewerkschaften nicht genügend erkannt hat und daß Millionen Arbeiter keine Gewerkschaftsmitglieder sind. Aber irgendwelche Verabredungen kommen niemals in Betracht.

Infolgedessen ist es eine gemeine Verleumdung, wenn die Kommunistische Partei immer wieder die Behauptung aufstellt, daß die Gewerkschaftsführer die Arbeiterrechte an die Unternehmer verkaufen. Jeder Gewerkschafter hat die unbedingte Pflicht, derartige Behauptungen entschieden zurückzuweisen.

3. Die bedauerlichste Irreführung der Arbeiterklasse besteht nun darin, daß die kommunistische Presse immer wieder darauf hinweist, die heutige „Rechtslage" verpflichte die Gewerkschaften nicht, Streiks gegen Zwangstarife zu unterlassen. Auch hier ist es überflüssig, gegen die Kommunistische Partei zu polemisieren, denn ihre Behauptungen sind unsinnig und werden wider besseres Wissen erhoben. Außerdem sind Kommunistische Partei und Rechtslage gegensätzliche Begriffe. Unter „Rechtslage" verstehen die Kommunisten immer das, was ihnen gerade in den Kram paßt. Was in dem Lande, in welchem die deutschen Arbeiter leben, rechtens ist, spielt für die Kommunisten gar keine Rolle.

Strafrechtlich sind in Deutschland Streik und Aussperrung verfassungsmäßig nicht verboten. Es gibt auch keine zivilrechtliche Haftung der einzelnen Arbeiter wegen Tarifbruch. Wohl aber gibt es eine zivilrechtliche Haftung der einzelnen Arbeiter bei dem Bruch des Arbeitsvertrages, zum Beispiel bei Streik unter Nichteinhaltung der arbeitsvertraglichen Kündigungsfrist. Dagegen haften die Gewerkschaften für Tarifbruch, und es macht hierbei einen reinlichen Unterschied, ob es sich um einen vereinbarten Tarifvertrag oder um einen Zwangstarif handelt. Die gesetzliche Verbindlichkeitserklärung wäre ja auch sinnlos, wenn ein Unterschied bestehen würde.

Nach § 30 der Zivilprozeßordnung können auch die nicht rechtsfähigen Vereine für ihre Handlungen haftbar gemacht werden, und es liegen Urteile vor, die den Gewerkschaften einen Schadenersatz auferlegen. Trotzdem ist die Rechtslage für die Gewerkschaften nicht ungünstig, denn sie haften aus §§ 320 ff. BGB. nur für die Handlungen, welche sie satzungsgemäß vorgenommen haben, nicht aber für Handlungen ihrer Erfüllungsgehilfen, also einzelner Gewerkschaftssekretäre oder Streikleitungen oder Streikposten, die nicht dazu beauftragt waren. Hier können sich außerdem bei unerlaubten Handlungen die Gewerkschaften nach § 831 BGB. aus der Haftung befreien, wenn sie nachweisen, daß sie bei der Bestellung der Erfüllungsgehilfen die nötige Sorgfalt walten ließen. Dagegen können die rechtsfähigen Vereine nach § 31 BGB. für alle Handlungen ihrer satzungsmäßigen Erfüllungsgehilfen verantwortlich gemacht werden, ohne Rücksicht darauf, ob sie diese Handlungen veranlaßt haben oder nicht.

Der deutsche Juristentag, der im September 1916 in Köln a. Rh. stattgefunden hat, hat sich ja gerade mit dieser Frage beschäftigt. Nach dem vom Juristentag mit ganz geringer Mehrheit angenommenen Beschluß sollen die Gewerkschaften den rechtsfähigen Vereinen gleichgestellt, also für alle Handlungen ihrer Erfüllungsgehilfen ohne weiteres verantwortlich gemacht werden. Dagegen werden sich die Gewerkschaften mit aller Energie wehren, denn es besteht keine Veranlassung, die Gewerkschaften, die ihrer Natur nach tariftreu sein müssen, weil sie sonst ihre Aufgaben nicht erfüllen können, einer derartigen weitgehenden Haftung zu unterstellen.

Daraus ergibt sich aber mit zwingender Logik, daß die Gewerkschaften gegen freie Tarifverträge und gegen Zwangstarifverträge nicht streiken und keine Streikunterstützung zahlen können. Wenn trotzdem die betroffenen Arbeitergruppen selbständig in einen Streik treten, dann untergraben sie durch ihre Disziplinlosigkeit die Macht der Gewerkschaften und damit der Arbeiterklasse, weil die Gewerkschaften dann gegenüber den Unternehmern keine Partei mehr darstellen, die in der Lage ist, übernommene oder auferlegte Verpflichtungen auch einzuhalten. Eine solche Schädigung ihres Ansehens können die Gewerkschaften auch grundsätzlich nicht gutheißen. Dagegen muß vom Reichsarbeitsminister verlangt und erwartet werden, daß er und seine Schlichtungsbehörden die sozialen Interessen der betroffenen Arbeiterschichten bei Schiedssprüchen und Verbindlichkeitserklärungen wahrnehmen.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung weiß aus jahrzehntelanger Erfahrung, daß in der Entwicklung auch Rückschläge unausbleiblich sind. Derartige Rückschläge werden in dem Maße vermindert, wie die Arbeiter die Notwendigkeit der Gewerkschaften einsehen und Gewerkschaftsmitglieder werden. Dann werden die Gewerkschaften auch in der Lage sein, für die Abschaffung der Verbindlichkeitserklärung einzutreten, und dann besteht die Streikfreiheit im Rahmen der sittlichen Staatsgrundsätze unbeschränkt.

Indem die Kommunisten diese wirklichen Tatsachen vollkommen entstellen, treiben sie ein geradezu gemeingefährliches Spiel mit den Interessen der Arbeiterklasse. Von jedem Gewerkschaftsfunktionär und von jedem Gewerkschaftsmitglied muß daher erwartet werden, daß sie diesen Verleumdern der Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit entgegentreten.

Unsere Antwort

Jeder, der den ADGB.-Artikel aufmerksam liest, kann unschwer feststellen, daß dieser so voller Widersprüche ist, daß immer ein Satz den anderen aufhebt und daß die positiven Behauptungen in diamentralem Gegensatz zu den Tatsachen stehen.

1. Niemals hätte der ADGB. irgendwie aufs Streikrecht verzichten wollen.

Tatsache aber ist, daß er in Hamburg auf das Streikrecht verzichtet und zur Arbeitsaufnahme trotz einmütigem Streikbeschluß seiner eigenen Gewerkschaftsfunktionäre aufgefordert hat.

Tatsache ist, daß der ADGB. und die sozialdemokratischen Minister und Abgeordnete im Eisenbahnerstreik 1922 den Beamten das Streikrecht bestritten und aberkannten. Zwei Tatsachen für viele.

2. Der ADGB. hätte immer auf die Einschränkung des Streikrechts durch Zwangsschiedssprüche „hingewiesen".

Allerdings, „hingewiesen" hat der ADGB. darauf. Der ADGB.-Bundesausschuß hat sogar am 18. März 1924 folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Bundesausschuß des ADGB. erkennt in dem gesetzlichen Einigungszwang der Gesamtstreitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern eine schwere Gefahr für die Lebensinteressen der Arbeiterschaft und der Gewerkschaftsbewegung ..... Der Bundesausschuß erklärt deshalb die dem Einigungszwang betreffenden Bestimmungen in der Verordnung über das Schlichtungswesen als unvereinbar mit den Interessen der Gewerkschaften."

Was aber hat der ADGB. praktisch getan?

Erstens: die jetzige Schlichtungsverordnung ist auf Grund des Ermächtigungsgesetzes — dem der ADGB. und die SPD.-Reichstagsfraktion zustimmte — erlassen worden. Ja, wie der Arbeitsminister Brauns unwidersprochen öffentlich feststellte, haben sozialdemokratische Gewerkschaftsführer im Reichstag an der Ausarbeitung dieser Verordnung selbst mitgewirkt.

Zweitens: Trotzdem diese Schlichtungsverordnung nach der eigenen Darstellung des ADGB. „unvereinbar mit den Interessen der Gewerkschaften ist", hat der ADGB.-Vorsitzende Leipart ein Kommentar zu dieser Schlichtungsverordnung geschrieben:

„Wenn ich auch mit noch so vielen Bestimmungen der neuen Verordnung nicht einverstanden bin, so vertrete ich doch selbstverständlich die Auffassung, daß Gesetze im Rechtsstaate befolgt werden müssen, solange sie bestehen. Auch die Gewerkschaften werden sich der Verordnung fügen."

Wir stellen also fest, der ADGB. ist mitschuldig an der Einführung des Systems der Zwangsschiedssprüche. Weiter erklärte er ausdrücklich, daß er sich diesem System, das unvereinbar ist mit den Interessen der Gewerkschaften, fügt, dieses Gesetz ausdrücklich anerkennt.

Aber der ADGB. tut noch ein weiteres. — Im Leitartikel des „Vorwärts", Morgenausgabe vom 2. Oktober, wird zum Hamburger Zwangsschiedsspruch ganz richtig gesagt:

„Der Reichsarbeitsminister wollte nur die Lohnerhöhung, die auch die Unternehmer wollten ....

Was will der Reichsarbeitsminister mit einer solchen „Sozialpolitik"? Will er die Gewerkschaften schachmatt setzen? Will er die Arbeiter zur illegalen Aktion treiben? ....

Weder die Gewerkschaften, noch die Sozialdemokratie können es zulassen, daß durch einen Mißbrauch der Machtmittel des Reichsarbeitsministers das Streikrecht der Arbeiter aufgehoben wird."

Der Artikelschreiber im „Vorwärts" hat hier sehr klar erkannt und ausgesprochen, wie die Arbeiter und Gewerkschaften unter dem Mantel der Gesetzlichkeit vergewaltigt und niedergeschlagen werden sollen. Dennoch „fügt" sich der ADGB. nicht nur den Gesetzen, die ihm angeblich nicht gefallen, er fügt sich auch dem „Mißbrauch der Machtmittel des Reichsarbeitsministers!"

Dieser Mißbrauch wurde nicht nur in Hamburg betrieben, sondern er wird seit Jahr und Tag und ganz besonders seit Ausbruch der jetzigen Krise systematisch angewandt — nach dem Rezept der bekannten Aktennotiz des Unternehmersyndikus Meißinger — bei den Lohnbewegungen der Berg-, Chemie-, Textil- und Metallarbeiter. — Und immer „fügen" sich die Gewerkschaftsinstanzen diesem „Mißbrauch". Mehr noch! Sie verhindern mit Hilfe dieses Schlichtungsschwindels jeden Kampf der Arbeiter oder würgen jeden ausgebrochenen Streik ab.

Drittens. Der ADGB. sagt:

„Wären nicht nur ein Teil, sondern die Mehrzahl der Arbeiter Mitglieder der Gewerkschaften, dann würden die Gewerkschaften auf die Zwangstarife verzichten können."

Daß dieser Einwand nur reine Demagogie ist, zeigt der ADGB. selbst, indem er gleich im folgenden Satz erklärt: „Aber auch dann (wenn alle organisiert wären) würden die Gewerkschaften zu keinem Streik aufrufen, der sich gegen den Bestand eines geltenden Tarifvertrages richtet, weil zu den Grundlagen der Gewerkschaftsbewegung die Tariftreue unbedingt gehört."

Da nach Auslegung des ADGB. jeder verbindlich erklärte Schiedsspruch „geltender Tarifvertrag" ist, heißt das, er würde aus Tariftreue — auch bei 100prozentiger Organisation — niemals gegen einen Zwangsschiedsspruch kämpfen.

Viertens. Gegen die Rechtsfähigkeitserklärung der Gewerkschaften „werden sich die Gewerkschaften mit aller Energie wehren".

Es war aber Sinzheimer, der sozialdemokratische Theoretiker für Gewerkschafts- und Arbeiterrechtsfragen, der auf dem Juristentag in Köln die Rechtsfähigkeitserklärung der Gewerkschaften ausdrücklich forderte, ja, für die materielle Haftbarmachung der Gewerkschaften bei Streikschäden eintrat. Der ADGB. ist mit keinem Wort gegen Sinzheimer aufgetreten, im Gegenteil, die ganze sozialdemokratische Presse einschließlich des „Vorwärts" hat Sinzheimer unterstützt.

Der ADGB. bestreitet die von uns aufgestellte Behauptung, das geltende Arbeitsrecht verbiete den Gewerkschaften in keiner Weise, gegen einen Zwangstarif den Streik auszurufen und Streikunterstützung zu bezahlen.

Demgegenüber fragen wir: Wo ist die Stelle im Gesetz über Arbeitsrecht, die den Gewerkschaften den Streik und die Leistung von Streikunterstützung verbietet, wenn ein Zwangsschiedsspruch ergangen ist? Eine solche Stelle gibt es selbst in der reaktionären Schlichtungsverordnung vom 30. Dez. 1923 nicht. Was aber besteht, das ist die sich seit etwa 1 Jahr eingebürgerte Spruchpraxis der Klassenjustiz, die wohl Gewerkschaften und Verbandsführer zu hohen Schadenersatzleistungen verurteilt hat, niemals aber Unternehmer und Arbeitgeberverbände bestrafte, wenn diese Kämpfe trotz ergangenen Zwangs-Schiedsspruches geführt haben. Doch diese Spruchpraxis der deutschen Gerichte konnte sich nur einbürgern, weil der ADGB. und die Gewerkschaftsinstanzen keinen Kampf dagegen führten, weil sie sich von vornherein bereit erklärten, sich zu „fügen".

Soweit die „Rechtslage" und ihre Auslegung durch den ADGB. Weit wichtiger jedoch, als die juristische Rechtsklauberei ist die Machtfrage. Der ADGB. könnte schon von Lassalle gelernt haben: daß nicht Recht, sondern Macht entscheidet. Und hier, auf diesem Gebiet ist es, wo der ADGB. dadurch Verrat auf Verrat gehäuft hat, daß er das Proletariat, die Gewerkschaften selbst an der Entfaltung und dem Einsatz ihrer Macht hinderte. Hätte der ADGB. und die Verbandsinstanzen schon in den Tagen des Novemberumsturzes wie auch seitdem die Macht der Gewerkschaften, der organisierten Arbeiterklasse eingesetzt, dann wäre nicht nur die heutige Spruchpraxis der Klassengerichte, sondern auch die ganze Schlichtungsverordnung und das ganze arbeiterfeindliche Arbeits-„Recht" unmöglich.

Doch der ADGB. befolgte die entgegengesetzte Politik. Er setzte sich ein für den Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft und des kapitalistischen Staates. Der offizielle ADGB.-Schriftsteller Richard Seidel schreibt darüber in seinem Buch: „Die Gewerkschaften nach dem Krieg": „Mit dieser Anteilnahme am staatlichen Leben ist aber die Mitverantwortlichkeit (der Gewerkschaften) für die Zustände verbunden."

Diese „Mitverantwortlichkeit" trieb die Gewerkschaften zur Arbeitsgemeinschaft und zu fortgesetztem Verrat an den Arbeiterinteressen. Nach dem Protokoll über die arbeitsgemeinschaftlichen Verhandlungen des ADGB. mit der Arbeitgeber-Vereinigung am 10. Dezember 1925 erklärte Leipart wörtlich:

„Auch die Gewerkschaften ließen sich nicht, wie ihnen dieses zum Vorwurf gemacht sei, nur von egoistischen Gesichtspunkten mit dem Ziel der Hebung der Arbeiterklasse, sondern eben so sehr von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten. Er bäte, dieses Streben doch anzuerkennen."

Die Echtheit dieses Protokolls ist von Leipart auf dem Metallarbeiter-Verbandstag in Bremen ausdrücklich bestätigt worden.

Diesem Programm folgend hat der ADGB. auch sofort dem Angebot Silverbergs zugestimmt und sich bereitwilligst zu noch weit engerer Zusammenarbeit und Koalitionspolitik mit dem Kapital erklärt. Diesem Programm widerspricht aber der Kampf um das Streikrecht, der Kampf gegen verbindlich erklärte Schiedssprüche, gegen den ganzen Schlichtungsschwindel. Deshalb lehnt der ADGB. diesen Kampf ab, deshalb tut er, was die Unternehmer wollen und was die „Kölnische Zeitung" dieser Tage in klassischer Form zum Ausdruck brachte, indem sie schrieb:

„Deutsche Politik und Wirtschaft sind dabei, in internationale Kombinationen hineinzuwachsen. Genf, Eisenpakt und Weltwirtschaftskonferenz zeichnen ein neues Kräftedreieck . . . . Um uns nun geschlossen in diesem Prozeß einzusetzen, brauchen wir nach innen Frieden und Zusammenarbeit . . . . Beides kommt aber neben politischen Wendlungen nur auf Grund einer Annäherung und Verständigung zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft zustande."

Arbeiter, Gewerkschaftsmitglieder! Hier seht ihr, wozu ihr mißbraucht werden sollt. Hier seht ihr, was der Friede und die Zusammenarbeit mit Silverberg und Co. bedeutet. Hier seht ihr, wohin euch der Reformismus geführt hat und noch führen will.

5 Millionen guter Proletarier hat der Reformismus mit seiner Politik aus den Gewerkschaften getrieben. Der Reformismus führt euch systematisch von Niederlage zu Niederlage. **Unter seiner Führung ist kein Sieg möglich.**

Darum:

Schärfsten, unerbittlichen Kampf gegen alle Verbündete von Silverberg und Brauns im Lager der Gewerkschaften!

Kampf gegen jeden Zwangs-Schiedsspruch!

Schluß mit dem Schlichtungsschwindel und Reformismus! Kämpft für euer Streikrecht!

Arbeitersport

Bundesgenossinnen und -genossen!

Die Arbeiter-Turn- und Sportschule ist ihrer Bestimmung übergeben. Am Montag, den 20. September, hat der Kursus in den neuen Räumen begonnen.

Tausende von Bundesgenossen waren nach Leipzig geeilt, um Zeuge zu sein des Augenblickes, der für die Geschichte unseres Bundes von außerordentlicher Bedeutung war. Sie alle sahen bewegten Herzens das stolze Werk, das entstanden ist. Händedruck und tränende Augen sagten mehr, als die schönsten Worte auszudrücken imstande sind.

Nun steht unsere Schule da als ein leuchtendes Zeugnis der Tatkraft und der Solidarität unserer Bewegung. Dank sei allen Bundesgenossen, die mitgeholfen haben, das große Werk zu schaffen und die es sich weiter zur Pflicht machen werden, es nun auch zu erhalten.

Dank sei allen, die am Tage der Einweihung uns ihre Grüße sandten, die uns mit Glückwünschen beehrten und heißen Dank denen, die in dem prächtig gelungenen Sternlauf Tag und Nacht auf den Beinen waren, um die Grüße „durch der Hände lange Kette um die Wette" weiterzutragen bis zur Bundesschule.

Der beste Dank einer Organisation ist das Gelöbnis unerschütterlicher Treue, das wir auch am Tage der Bundesschuleinweihung wiederholen. Die Einweihung der Bundesschule ist ein Abschnitt in der Geschichte unseres Bundes. Helft alle mit, daß es innerhalb der Organisation nie fehlen möge an lebendigem Geiste und am unerschütterlichen Willen zu gemeinsamer Arbeit und zum Aufstieg. Nochmals herzlichen Dank an alle, die mitgeholfen haben, das Werk zu fördern.

Arbeiter-Turn- u. Sportschule — Arbeiter-Turn- u. Sportbund
G. Benedix. — C. Gellert.

Erwerbslose und Arbeitersportler

(Arbeiter-Korrespondenz.)

Wir entnehmen der Sportbeilage des „Dresdner Anzeigers" eine an die Deutsche Turnerschaft gerichtete Anregung des Staatsministers a. D. Dominicus:

„**Auf dem Deutschen Turntage in Bremen wies ich gelegentlich der Besprechung des Jahresberichts darauf hin, daß die Deutsche Turnerschaft sich ein Verdienst erwerben könnte zur Milderung der Schäden, die die riesige Arbeitslosigkeit heute an der deutschen Jugend anzurichten droht. Wie mir der preußische Minister für Volkswohlfahrt vor einigen Wochen gesagt hat, gibt es in den großen Industriegegenden des Deutschen Reiches jetzt schon Hunderte von Jugendlichen, die seit einem Jahr und länger ununterbrochen ohne Arbeit sind. Ein derartiger Zustand muß für diese jungen Leute die schwersten Gefahren heraufführen. Sie werden der regelmäßigen Arbeit entwöhnt und naturgemäß mit Haß gegen eine Gesellschaftsordnung erfüllt, die ihnen in der besten Jugendkraft eine nützliche Betätigung unmöglich macht. Es ist nun natürlich in allererster Linie die Aufgabe des Staates, für diese jungen Leute eine entsprechende Arbeitsgelegenheit zu beschaffen. Soweit das aber nicht möglich ist, ist jedermann im Volke verpflichtet, zu seinem Teile dazu beizutragen, daß diese traurigen Folgen einer notgedrungenen Arbeitslosigkeit möglichst gemildert werden. Auf diesem Gebiete hat auch die Deutsche Turnerschaft eine Aufgabe. Mir schiene es das richtigste, wenn jeder von den über zehntausend Vereinen der Deutschen Turnerschaft alsbald sich an seine Gemeindebehörde wendete und sich ihr zur Verfügung stellt, um für jugendliche Erwerbslose einen regelmäßigen Turn- und Spielbetrieb einzurichten. Die Gemeindeverwaltung hätte es in der Hand, die Beteiligung der jugendlichen Erwerbslosen an solchen Leibesübungen verbindlich zu gestalten.**"

Dazu bemerken wir: Die Anregung des Herrn Ministers a. D. steht würdig neben den Ausführungen Silverbergs in Dresden und steht den Ausführungen Stresemanns auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei in Köln nicht nach. Ueberall sehen wir, wie sich jene Scharfmacher die größte Mühe geben, die Arbeiter vom Klassenkampf abzulenken. Und weil die Herren wissen, daß das nicht so einfach ist, schlägt Dominicus vor, daß die Gemeinden diese Leibesübungen verbindlich gestalten sollen. Das heißt, der jugendliche Arbeiter soll gezwungen werden, diesen nationalen Rummel mitzumachen. Die Spekulation geht darauf hinaus, das Klassenbewußtsein im jugendlichen Arbeiter zu vernichten, um ihn zum gefügigen Werkzeug gegen seine Klassengenossen zu machen. Eine Regierung wie in Preußen, in der auch Sozialdemokraten sitzen, die sonst kein Geld für die Erwerbslosen übrig hat, ist gern bereit, diesen Rummel mit Geld zu unterstützen. Die Arbeitersportler werden alles aufbieten, um die Pläne der so besorgten Herren zu zerstören, sie werden geschlossen mit den Erwerbslosen um eine Verbesserung der Lebenshaltung kämpfen.

Fußballsport.

Potschappel 2—Fortschritt 1 2:2. Pieschen 3—VfB2 3:2. DSV2—01 2 11:0. DSV3—Süd 2 2:4. Neustadt 3—Eintracht 3 4:0. Neustadt 4—Sörnewitz 3 1:6. Wurgwitz 1—1885 1 3:2. Wurgwitz 2—Birkigt 3 0:0. Wurgwitz 3—Dölzschen 2 0:1. DSV2—Coßmannsdorf 2 3:1. DSV3—Zauckerode 2 4:0. Helios 2—Graupa 1 4:2.

Jugend. Löbtau 1—Eintracht 1 4:1. DSV1—Löbtau 2 2:3. Potschappel 1—Deuben 1 7:0. Dohna 1—Pirna 1 0:0. Rähnitz 1—09 1 2:1.

Schüler. Löbtau 1—Radebeul 1 1:1. Potschappel 1—Cotta 1 1:0. 09 1—Kötzschenbroda 1 1:1. Neustadt 1—02 1 nicht angetreten. Neustadt 2—Süd 2 0:4.

Altersmannschaft. Löbtau — VfB12 2:3. Dohna — Heidenau. Gaudricht—Strehlen 5:2.

Auswärtige Vereine.

Leipziger Bezirk. Thekla—Plagwitz 2:0. Vorwärts Süd—Schönefeld—Fettschaft Wurzen 0:2. Oetzsch—Viktoria 06 3:0. Schönefeld—Lindenau—Kleinzschocher 3:3. Viktoria 12—Sachsen Gautzsch 2:2. Stötteritz—Debenau—Gotha 5:0. West 03—Bennewitz 8:0. Lindenau—Konnewitz 1:0. Knautkleeberg—Paunsdorf 1:1. Eilenburg—Rasenmannia 01 1:0. Pegau—Wiederitzsch 4:1. Eilenburg—Rasensport Döbeln 1:1. Kauerndorf—Amateure 04 2:2.

Chemnitzer Bezirk. Schönau—Rasensport Grüna 2:1. Freie Turner Meerane—Sachsen 5:2. Wacker 11—Friesen 1:2. Hausdorf—Vorwärts 2:3. Fr. T. Borna—Konkordia 2:3. Pfeil—Einsiedler Sportklub 2:1. Sturm Frankenberg—Fortuna 4:1. Rapid—Ring 4:3. Korso Glauchau—Vorwärts Langenberg 4:1.

Mittweidaer Bezirk. Jahn Mittweida—Eintracht Mittweida.

Turnerschaft Striesen. Donnerstag, den 14. Oktober, 7.30 Uhr Zusammenkunft aller Wintersportler bei Höhner, Restaurant „Windmühlenberg", Gluckstr. 3. Vortrag: „Eine Skifahrt im Schwarzwald." Bericht über die Vorarbeiten des Kreiswintersportfestes in Geising-Altenberg. Adresse des Vereinswintersportwartes: K. Starke, Stephanienstraße 68.

Freie Turner Zschachwitz. Fußballabteilung. Mittwoch, den 13. Oktober, abends 8 Uhr im Sportheim Spielausschußsitzung. Wichtige Tagesordnung. — Sonnabend, den 16. Oktober, abends 7 Uhr im Sportheim Vereins-Quartalsversammlung.

Arbeiter-Athleten. Wo bleiben die Meldungen der B- und C-Klassen im Ringen, sowie die B-Klassen im Heben? Für die C-Klasse im Ringen kommen nur jugendliche Sportler unter 18 Jahren in Frage. Diese Kämpfe werden nach den neuen Körpergewichtsklassen ausgetragen laut Bundesbeschluß. Athletik Nr. 9, Seite 162. Meldeschluß 15. Oktober. — Montag, den 18. Oktober treffen sich im Kampfe um die Bezirksmeisterschaft im Heben im Vitzthumschen Gymnasium, Dippoldiswalder Gasse, die Sportvereine Hektor, Herakles und Sandow. — Montag, den 25. Oktober, daselbst die Vereine Helionia, Herkula und Simson (Freital). Anfang 7 Uhr abends. Gäste willkommen, Eintritt frei.

Verein für volkstümlichen Wassersport, Abt. Altstadt-Ost. Am 19. d. M. beginnt ein Schwimmkursus im Güntzbad. Wer daran teilnehmen will, melde sich bis zum 15. Oktober, Dienstags oder Donnerstags abends 7.30 Uhr an der Badekasse. Der Preis beträgt für ein Vierteljahr 7 Mark und ist bei der Anmeldung zu begleichen. — Alle Mitglieder unserer Abteilung haben ihren Monatsbeitrag an der Badekasse zu entrichten, es kommt kein Hauskassierer mehr. Dasselbe gilt auch für die Kinder. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 16. d. M. im Volkshaus statt. Die Vorstandssitzung findet am Dienstag, den 12. Oktober, im Güntzbad statt.

Arbeiter-Samariterkolonne Dresden. Mittwoch, 13. Oktober, 7.30 Uhr im alten Stadtverordnetensaal, Landhausstraße 7: Zusammenkunft der Mitglieder mit Vortrag. Die Vereine von Cotta werden ersucht, bei Bestellung von Samaritern sich an Gustav Zieschе, Hörigstr. 23, I, zu wenden.

Kampf der sächsischen Arbeiterschaft für ein rotes Sachsen!

Versammlungen:

14. Okt.: **Baruth bei Bautzen, 8 Uhr.**
Schönfeld, 8 Uhr, Kretscham.
15. Okt.: **Leutersdorf, 8 Uhr, in der „Linde".**
Luga, Gasthof, 8 Uhr.
Dohna, 7.30 Uhr, „Goldner Hirsch".
Marienthal, 7.30 Uhr, neuer Saal.
Zittau, 8 Uhr, „Kaisersaal".
16. Okt.: **Venusberg, 8 Uhr, Gasthof.**
Bernstadt, Schützenhaus, 8 Uhr.
Friedersdorf, 8 Uhr, Gasthof.
Taubenheim, 8 Uhr, Lipperts Gasthof.
Zehren, 8 Uhr.
Kleinröhrsdorf, 8 Uhr, Gasthof.
Burkhardtswalde, 7.30 Uhr, Gasthof.
Königshain, 7.30 Uhr, „Bergschänke".
Hirschfelde, 7.30 Uhr, Gasthof Noack.
17. Okt.: **Großschönau, 10.30 Uhr vorm., Gasthof Weinhaus.**
Schönau bei Bernstadt, Brauerei.
Bertelsdorf.
Reibersdorf, nachmittags 3 Uhr.

Es sprechen die Referenten:
Maye, Renatsch, Horstmann, Heppner, Renner, Schreiber, Dr. Schmincke, Gäbel, Hedert-Berlin, Lehrer Zinke, Rückert-Berlin, Letsch-Berlin, Siegel, Schneller-Berlin, Genossin Plum, Obendieck-Berlin.

ATuSpB Dresden. Donnerstag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr: Versammlung im Volkshaus. Tagesordnung: Wahlen.

Sächsische Spielvereinigung 2. Bezirk. Achtung, Vereine des 2. Fußballbezirkes. Es sind den Vereinen Rundschreiben von der Berichterstattervereinigung Bezirksvorstand, sowie Neubesetzungen (vom 17. Oktober 26) zugesandt worden. Vereine, welche einen von den vorgenannten nicht erhalten haben, haben sofort dasselbe bei der Bezirksleitung anzufordern. Die Folgen, die bei eventuellem Nichtmelden entstehen, tragen die Vereine selbst.

Versammlungskalender

Kommunistische Partei.

Bezirk Ostsachsen. 16.—31. Oktober **Verstärkung der Wahlarbeit. Erhöhte Werbetätigkeit für Partei und „Arbeiterstimme".** Material geht den Ortsgruppen bis 15. Oktober zu.
BL, Orgabt.

Jugendweiheunterricht. Am Mittwoch, den 13. Oktober, nachmittags 5.15 Uhr, findet in folgenden Schulen Jugendweiheunterricht statt: In der 31., 32. und 63. Volksschule. Außerdem in den Schulen Wachwitz und Loschwitz.

Mittwoch, den 13. Oktober:

Zentrum 4. Straßenzelle C Versammlung bei Uhlig, Wallstraße 3, abends 7.30 Uhr.

Ottendorf-Okrilla. 7.30 Uhr Gruppensitzung bei Guhr. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Donnerstag, den 14. Oktober:

Zentrum 1 bis 4. Sitzung aller kommunistischen Erwerbslosen und Kurzarbeiter in **Frommholds Restaurant**, Gerokstr. 7. Parteibuch mitbringen.

Stadtteil 2, Zentrum. Erwerbslosenfraktion bei Frommhold, Gerokstr. 7, nachmittags 2 Uhr. Die Genossen vom Zentrum 3 und 4 müssen bestimmt erscheinen.

Stadtteil 2. Gemeinsame Demonstration mit Partei und RFB. Stellen 6.15 Uhr Fürstenplatz. Schalmeienkapelle wirkt mit.

Striesen 5. 7.30 Uhr wichtige Mitgliederversammlung in Kipsdorfer Straße. Alle Gruppen, welche im Zellengruppenbereich wohnen, haben zu erscheinen.

Genosse Fritz Heckert spricht:
Freitag, den 15. Oktober, in Zittau-Olbersdorf, Kaisersaal.
Sonnabend, den 16. Oktober, in Hirschfelde, Gasthof Noack.
Sonntag, den 17. Oktober, in Großschönau, Gasthof Weinhold, **von 10.30 Uhr ab.** — **Bezirk Ostsachsen**, Orgabt.

Kommunistischer Jugendverband.

Donnerstag, den 14. Oktober:

Groß-Dresden. Alle Gewerkschaftsfunktionäre besuchen am Donnerstag, den 14. Oktober, 7 Uhr den Vortrag im Volkshaus, Zimmer 9, über Berufsberatung und Berufsausbildung.

Pieschen. 7.30 Uhr im „Bürgerhof" Vortrag: Wie gelang es der russischen Arbeiterschaft, sich zu befreien? Die Antwort bekommt ihr im Gruppenabend.

Laubegast. Versammlung 7.30 Uhr Meißners Restaurant. Vortrag: Russische Revolution. Gäste willkommen.

Zschachwitz. 7 Uhr in der Schule An der Aue. Vortrag: Warum gehen wir als Kommunisten ins Parlament.

Roter Frontkämpferbund.

Donnerstag, den 14. Oktober:

Abteilung 2 (Zentrum). Abends 7.30 Uhr im Restaurant „Stadt Plauen", Kleine Plauensche Gasse, Funktionärversammlung. Alle Funktionäre müssen unbedingt pünktlich erscheinen.

RFB — RJ

Auf zur

Werbe-Demonstration

in Johannstadt

am Donnerstag, den 14. Oktober 1926

Stellplatz: ½7 Uhr Fürstenplatz.

Arbeiter-Esperantisten.

Donnerstag, den 14. Oktober:

Plauen. Abends 7.30 Uhr im Rest. „Münchner Krug", Münchner, Ecke Bienertstraße, Uebungsabend.

Striesen. Abends 7.30 Uhr im Rest. „Sächs. Husar", Altenberger Straße 8, Vortragsabend.

Proletarische Freidenker.

Mittwoch, den 13. Oktober:

Gittersee. 7.30 Uhr **Mitgliederversammlung** in der „Kohlschänke". Gäste willkommen.

Ortsgruppe Kemnitz-Cossebaude. 7.30 Uhr **Vortrag** des Kunstmalers Griebel über „Gibt es proletarische Kunst?" Und Vortrag eines Arb.-Esperantisten über „Warum Esperanto?" Lokal: Baumgartens Gasthof. Gäste willkommen.

Freie Elternvereinigung 32. Volksschule, Gustav-Freytag-Straße. Donnerstag, den 14. **Oktober, 7.30 Uhr** abends im Volkshaus Ost, Schandauer Straße, **Versammlung der Mitglieder.** Vortrag: Das seelisch kranke Kind (Lehrer Birkigt). Freunde und Gönner der Freien Schule sind herzlichst eingeladen.

Amtliche Bekanntmachungen

— Brand-Erbisdorf —

Grundsteuer.

Am 15. Oktober 1926 ist die Vorauszahlung auf den 8. Termin Grundsteuer 1926 in der bisherigen Höhe fällig. Diese Vorauszahlung wird auf die endgültige Grundsteuer angerechnet.

Nach Ablauf der Schonfrist von einer Woche werden die gesetzlichen Verzugszuschläge erhoben.

Brand-Erbisdorf, am 11. Oktober 1926.

Der Stadtrat.

Kluge Eheleute! Allesanit. Bed.-Art. f. Männer, Frauen, Säuglinge / Gummiwaren, Spüllappar. A. Freisleben, Dresden-A., Postplatz

Jeder Haushalt bereitet sich die Liköre, Rum, Weinbrand (früher Cognac) **selbst**
und spart bis zu 100 Prozent gegenüber fertig gekauften Likören. Empfehle 135 verschiedene Sorten Likör, Rum und Branntwein-Essenzen und stellen sich diese für 1 Liter
96 Prozent Spiritus gerechnet bis Mk. 1.40 billiger wie Reichel-Essenzen
Verkaufsstelle von
96prozent. doppelt rektifiziertem prima Spiritus
nur in versiegelten Flaschen
Preis per 1 Liter Mk. 5.50
exklusive Flasche. Postversand nach allen Orten gegen Nachnahme. Ein Versuch überzeugt jeden von der Güte der Qualität
Max Strube, nur Wettinerstr. 23 — **Dresden-A 1** Fernruf: 28195

Theater am Wasaplatz
Dienstag, 12. bis Sonntag, 17. Oktober, täglich
Kasernenluft
Alle von Stein und Söhngen

Tymians — Täglich 8 Uhr
Das Thalia-Theater
einzige wirkliche Volkstheater Dresdens
Vorzugskarten außer Sonntags gültig!

Max Schubert
Lebensmittel
Freital-Döhlen
Untere Dresdner Straße 129

SARRASANI
Allabendl. 8 Uhr, Sonntags auch 4 Uhr
KUNST und SPORT
1. Ein auserwählter künstlerisch-artistisch. Teil u. a.:
3 Veras, phänom. Drahtseilakt. Mons. Bellium, ... Hundedressur
2. Ring-Kämpfe. Internationaler Wettstreit. Ausscheidungskämpfe z. Deutsch. Meisterschaft.
Morgen Donnerstag ringen: v. d. Berg, Champion von Holland. Kosch, Champion von Polen
3 Entscheidungskämpfe: Tibernant, Champion von Belgien. Roland, Meisterringer von Sachsen. Gniesch, Deutsch. Mittelgew.-Meister. Pietro Scholz, Meisterringer
Kleinste Eintrittspreise
50 Pf. — 2.50 M.

MIFA
das anerkannte
Qualitäts-Fahrrad
empfiehlt
WILLY HETZER, Stephanienstraße 46

Elysium Räcknitz
Endstation Linie 6
Morgen der beliebte Donnerstags-Ball
Flaschen-Weine ab 1.60 M., Schoppen ab 0.60 M.

Mifa — Urania
u. Spezial-Fahrräder - günst. Bedingungen, billige Preise
Lehmann, Tharandter Str. 72

Fahrräder
Mifa, Schladitz, Cito, Haenel
sowie alle Reparat. schnell und billig
Wolf, Pillnitzer Str. 80

Segeltuchschürzen
Deltschürzen
Gummischürzen für Frauen und Kinder
billigst bei
Ewald Kluge
Pirna, Lange Str. 17

Hermann Müller, Inh. Karl ...
Freital-P., Unt. Dresdner Str. 88, Tel. 813
Beerdigungsanstalt „Pietät"
Kutsch- und Lastfuhrwerk
Steinkohlen, böhmische Braunkohlen, Briketts, Koks, Holzkohlen, Brennholz

Dresdner Fischhallen A.-G. Webergasse 17 Ecke Quergasse
Telephon Nr. 21034, 29736 und 13455
★ Diese Woche besonders billige und gute **Seefische**

Die Erwerbslosenforderungen abgelehnt!

Der Wahlterror der Koalition am Pranger — Der Kleinpflaster-Skandal — Die kommunistischen Anträge für die Hochwasser- und Unwetter-Geschädigten abgelehnt
Sozialdemokratische Erwerbslosen-„Fürsorge"-Praxis — Blüher dankt Winkler für seine Lakaiendienste.

Landtagssitzung vom 12. Oktober 1926

Die SPD-Katzbalgerei geht weiter!

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest der Abg. Wirth (ASPS) eine Erklärung, in der die Ausführungen des Abg. Liebmann (Soz.) in der letzten Sitzung des Landtages als „grobe Entstellungen" bezeichnet werden und die Drohung mit dem Zitieren vor den Richter ausgesprochen wird. Des weiteren erfolgt eine Erklärung des Deutschnationalen Beutler, in der dieser Behauptungen des Kultusministers Dr. Kaiser in der Frage der Universitätsaugenklinik als unrichtig zurückweist. Dr. Kaiser erwidert ihm. Zur Geschäftsordnung erklärt Liebmann, daß er durch den Präsidenten mitgeteilt erhalten hat, daß er, wie der Minister, das Recht haben müsse und auf die Angriffe des Abg. Wirth erwidern dürfe. Präsident Winkler versucht, in der ihm eigenen „altsozialistischen" Weise diese Methode des „zweierlei Maß" geschäftsordnungsgemäß zu begründen.

Altsozialdemokratischer Wahlterror.

Nunmehr erhält das Wort zur Geschäftsordnung Genosse Dr. Schmincke:

Der Wahlkampf in Sachsen wird durch den altsozialdemokrat. Innenminister mit einer Verschärfung der Bestimmungen über den sogenannten „Versammlungsschutz" begonnen. Der Dresdner Polizeipräsident hat heute die Vertreter der Presse und der politischen Parteien geladen und ihnen dort erklärt, daß die Polizei in schärfster Form in den Wahlkampf einzugreifen gedenkt (wüstes Gebrüll auf der Rechten), daß auch gegen den Willen der Versammlungseinberufer jede Versammlung polizeilich „geschützt", in Wahrheit überwacht werden soll. Gegen Umzüge wird mit den schärfsten Mitteln bei geringstem Anlaß eingegriffen werden. Diese Anordnung ist lediglich gegen die Arbeiter gerichtet. (Erneutes Gebrüll bei den Bürgerlichen; Kühn lacht in unverfrorenster Weise.) Wir fordern deshalb sofortige Beratung eines kommunistischen Antrages, der gegen diese unerhörte Terrorisierung der Arbeiterschaft beim kommenden Wahlkampf Stellung nimmt. (Bravo! links; Gebrüll bei den Bürgerlichen.)

Als Präsident Winkler, der vorher versucht hat, dem Genossen Schmincke das Wort zu entziehen, erklärt, daß der Antrag nicht eingereicht sei, erhebt sich am Vorstandstisch Genosse Lieberasch und verliest den Antrag, der die sofortige Aufhebung der Anordnung des Polizeipräsidenten und die restlose Wiederherstellung der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit fordert. Er beantragt, diesen Antrag als ersten Punkt auf die heutige Tagesordnung zu setzen.

Abg. Liebmann (Soz.) erklärt, daß er noch keine Kenntnis von der Besprechung habe, daß er aber dem Antrag aus grundsätzlichen Erwägungen zustimmen werde. Bei der Abstimmung **stimmt der vereinigte Bürgerblock von Beutler bis Bethke, einschließlich des „Linken" Fellisch, gegen den Antrag,** dessen Behandlung damit unmöglich gemacht ist.

Die ASPS-Minister und ihr Polizeipräsident haben wiederum dem Bürgertum einen trefflichen Handlangerdienst geleistet.

Nunmehr wird gebilligt, daß im Laufe der Sitzung der Abg. Liebmann eine schriftliche Erklärung gegen die Erklärung Wirth vorlegen darf. Weiterhin wird mitgeteilt, daß der Abg. Günther, der aus der demokratischen Partei ausgetreten ist, sich der Wirtschaftspartei angeschlossen hat. (Aha-Rufe im Hause.)

Der Kleinpflaster-Skandal.

Es folgte der Bericht des Untersuchungsausschusses über die Angelegenheit der Kleinpflasteraufträge der Regierung. Die Debatte bestätigt nochmals, daß tatsächlich eine Begünstigung einzelner Firmen zu ungunsten des Staates stattgefunden hat.

Genosse Dr. Schmincke stellt Forderungen, die künftighin solche Vorfälle unmöglich zu machen geeignet sind. Die Mehrheit des Ausschusses hat diesen Antrag angenommen, der fordert, daß „Staatsaufträge künftig streng nach den allgemeinen Bestimmungen über die Vergebung von Lieferungen bei staatlichen Verwaltungen zu vergeben und Beamte, welche diesen Bestimmungen zuwiderhandeln, zu bestrafen sind. Außerdem soll die Regierung die Initiative ergreifen, um Staat, Gemeinde und Bezirksverbände als Verbrauchsgenossenschaften zusammenzuschließen, um durch diesen Ring von Großabnehmern die Preisbildung der Privatunternehmer für Lieferungen von Behörden zu beeinflussen."

Daß dieser Antrag im Ausschuß angenommen wurde, beweist, daß die Regierungsparteien selbst der Ueberzeugung sind, daß in diesem Falle Vergehen vorliegen. Das Ganze stellt ein Stück des Konkurrenzkampfes zweier Gruppen von Unternehmern dar, deren eine sich zurückgestoßen fühlt und deshalb die Schiebung der anderen enthüllt.

Die Deutschnationalen unter Führung Grellmanns vertreten diese Gruppe; sie denken natürlich nicht daran, etwa ernsthaft gegen die Schiebungen anzukämpfen. Das zeigte sich schon im Ausschuß, wo der Deutschnationale Kaula gegen einen kommunistischen Antrag stimmte, **der Rückzahlung der durch Uebervorteilung angeeigneten Summe durch die betreffenden Firmen** fordert. Um aber von vornherein eine Uebervorteilung auszuschalten fordern die Kommunisten weiterhin **die Herstellung der Steine in eigener Regie durch den Staat.**

Der Finanzminister Dr. Dehne gibt zu, daß die Regierung zu teuer eingekauft hat und entschuldigt das damit, daß sich dies erst „nachträglich herausgestellt hat". Bei der Abstimmung zeigte sich klar, daß die Deutschnationalen ihren „Kampf" nur im Interesse einer bestimmten Gruppe von Unternehmern führen. Sie stimmen natürlich gegen die kommunistischen Anträge.

Der Bericht der Minderheit wird gegen die Stimmen der Kommunisten, linken Sozialdemokraten und Deutschnationalen abgelehnt.

Von den beiden letzten kommunistischen Anträgen wird der erste gegen die kommunistischen Stimmen, der zweite, der eigene Regie fordert, gegen Kommunisten und linke Sozialdemokraten abgelehnt. Die „Alten" Sozialdemokraten stimmen mit den Deutschnationalen ebenfalls gegen eigene Regie.

Der Antrag Dr. Schmincke, der im Ausschuß angenommen worden war, wird nunmehr ebenfalls mit den Stimmen der Volkspartei, Demokraten und ASPS abgelehnt. Stürmische Zurufe der Linken quittieren den Umfall der Mehrheitsparteien, deren Vertreter im Ausschuß für diesen Antrag gestimmt haben.

Die Kapitel „Heil- und Pflegeanstalten" und „Eichwesen" werden angenommen.

Bei der zweiten Beratung über die **„Hilfsaktion für die Hochwassergeschädigten"** werden die Regierungsvorschläge mit Mehrheit angenommen. Die kommunistischen Anträge, die auch den Unwetter-Geschädigten ohne Zinsen Darlehen und Entschädigungen sichern wollen, werden abgelehnt. Die „Regierungshilfe für die Hochwassergeschädigten" ist also praktisch nur ein Wahlbluff.

Eine Anzahl weiterer Vorlagen wird ohne Aussprache angenommen.

Die Erwerbslosenanträge der Kommunisten abgelehnt!

Nunmehr folgt die zweite Beratung der Anträge, die sich mit der Milderung der Not der Erwerbslosen und der Behebung der Erwerbslosigkeit beschäftigen.

Als Genosse Glombitza erneut die Berechtigung der kommunistischen Anträge nachweist und diese begründet, verlassen sämtliche Abgeordneten der Bürgerlichen und Sozialdemokraten den Saal bis auf einige „Horchposten".

Genosse Glombitza weist darauf hin, daß dieser Landtag seit seinem Zusammentritt sämtliche kommunistischen Anträge einmütig durch sämtliche Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt hat. Das kennzeichnet ohnehin den „guten Willen" dieses Landtages, den Erwerbslosen zu „helfen".

An Hand von Material zeigt der Redner der kommunistischen Fraktion den ganzen Schwindel von der „Notstandsarbeitsbeschaffung", verlangt die Erhöhung der Unterstützung und die Aenderung der Betriebsstillegungsmethoden im Sinne einer Verschärfung der Bedingungen.

Den Erwerbslosen muß die Zahlung der Miete, die Anschaffung warmer Kleidung und des Proletariernahrungsmittels von Kartoffeln ermöglicht werden. Diese Forderungen sind nicht „kommunistische Mache", sondern primitivste Forderungen der Erwerbslosen selber.

Im Ausschuß haben alle Parteien unsere Forderungen abgelehnt mit der lächerlichen Ausrede, sie seien „undurchführbar".

Der Abg. Graupe hat für die SPD erklärt, diese Forderung sei von der SPD aufgestellt und weitergeleitet worden und danach brachte der SPD-Vertreter es fertig, diesen Antrag abzulehnen (!). Das zeigt deutlich, wie ernst das Geschrei dieser Leute nach „Hilfe für die Erwerbslosen" zu nehmen ist. (Sehr richtig! b. d. Kommunisten.)

Der sozialdemokratische Antrag ist derart verwaschen, er verlangt u. a. „eine ausreichende Unterstützung". Die nähere Bestimmung dieses Begriffes gedenkt die SPD der reaktionären Regierung zu überlassen. Diese Art von „Vertretung der Arbeiterinteressen" zeigt deutlich, daß es sich bei der SPD lediglich nur um eine Vorspiegelung von Hilfsbereitschaft handelt.

Die bürgerlichen Anträge sind lediglich „weiße Salbe", sind Wahlmache übelster Art, davon sind die Antragsteller selbst überzeugt. (Die Tribüne, die trotz vorgerückter Stunde dicht besetzt ist, lauscht zustimmend den Ausführungen des kommunistischen Redners.)

Das ganze Verhalten des Landtages zeigt, daß die bürgerlichen Parteien und ihre Regierung lediglich „blauen Dunst" vormachen. Die wahren „Hilfs"absichten zeigen sich in der neuen Verschärfung der Gummiknüppelverordnung des Innenministers. (Lieberasch: „Schlechter Abklatsch von Noske!") Mit blauen Bohnen soll der Auflehnung der verelendeten Massen begegnet werden. Das wird zur selben Zeit den Werktätigen geboten, wo den Hohenzollern in Preußen unter einem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten viele Millionen in den Rachen geworfen werden; zur selben Zeit, da mit Erhöhung der Miete gedroht wird, um den Bauunternehmern, nicht den Wohnungslosen, unter die Arme zu greifen. Wir Kommunisten sagen den Erwerbslosen, daß sie den Sirenenklängen der anderen Parteien nicht vertrauen und eine Hoffnung auf die Hilfe durch die Parlamente nicht haben dürfen. Sie selbst können durch gemeinsamen Kampf mit den Arbeitern in den Betrieben allein sich helfen. Die Parteien im Landtag aber werden in ihrer Abstimmung zeigen, daß ihre Worte über die „Linderung der Not der Erwerbslosen" lediglich Wahlmache sind, sie werden damit als Heuchler nicht nur vor den Erwerbslosen, sondern vor den gesamten Werktätigen entlarvt sein! (Stürmisches Bravo! bei den Kommunisten.)

Nach langer Debatte werden in der Abstimmung die kommunistischen Anträge gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Auch die „linken" Sozialdemokraten marschieren treu und brav gegen die Forderungen der Erwerbslosen in einer Reihe mit den Bürgerlichen aller Schattierungen.

Die sozialdemokratische Täuschungspraxis.

Im Verlaufe der Debatte bringt der ASPS-Mann Langhorst noch einen interessanten Fall aus der Erwerbslosenpraxis der „linken" Sozialdemokraten. **Als im Jahre 1923 im Stadtparlament Zwickau die Kommunisten einen Antrag für die Erwerbslosen einbrachten und die Sozialdemokraten dort für den Antrag stimmten, verließ der Stadtverordnete Graupe, der einige Tage vorher Arbeitsminister geworden war, ohne Wissen der Fraktion den Sitzungssaal, um nicht als Minister für den Antrag der Kommunisten stimmen zu müssen.** (Lebhafte Zurufe im ganzen Hause. Die Kommunisten rufen: „Das ist eben Praxis bei allen Sozialdemokraten.) Die Mehrheitsanträge werden angenommen. Die linkssozialdemokratischen Anträge werden ebenfalls mit den Stimmen der Deutschnationalen, Volkspartei, Demokraten und ASPS abgelehnt. Der Landtag hat sein arbeiterfeindliches Gesicht bis zur letzten Sitzung offen gezeigt.

Nunmehr erfolgt die Erklärung des Abg. Liebmann gegen die Erklärung Wirths. Bevor Liebmann die Verlesung vornimmt, verlassen sämtliche Abgeordnete der ASPS unter stürmischem Gelächter der Linken den Saal. In der Erklärung besteht natürlich Liebmann auf der Richtigkeit seiner Behauptungen. Er weist nach, daß Ministerpräsident Heldt schwere Beleidigungen nicht gerichtlich zu verfolgen gewagt hat aus Furcht vor Aufdeckung der Tatsachen. Diese Behauptungen werden nach wie vor aufrecht erhalten. (Stürmisches Hört, hört! links.)

Bei der letzten Beratung des Blüherschen Bauantrages zeigt Genosse Dr. Schmincke die abgrundtiefe Heuchelei der Antragsteller, die [illegible] große öffentliche Prachtbauten vorschlagen, angesichts der furchtbaren Not der Wohnungslosen. Fest steht, daß dieser Antrag übelste demagogische Wahlmache ist, an deren Durchführung die volksparteilichen Antragsteller selbst nicht glauben. Der Antrag wird angenommen.

Als letzter Punkt der Tagesordnung folgt die Schlußberatung der Beamtenanträge. **Der kommunistische Antrag auf Höhereinstufung sämtlicher Beamten der Gruppen 1 und 2 wird abgelehnt.** Die Vorlage und die Mehrheitsanträge werden angenommen.

Präsident Winker teilt nunmehr mit, daß diese Sitzung voraussichtlich die letzte Sitzung dieses Landtages gewesen ist, er weist darauf hin, daß die Legislaturperiode erst am 5. November zu Ende geht, der Vorstand aber wahrscheinlich keine neue Sitzung einberufen wird. Als er den Abgeordneten den Dank für ihre Tätigkeit ausspricht, rufen die Kommunisten: „Die Arbeit der Mehrheit dieses Hauses waren Knechtsdienste für die Besitzenden!"

Als der Präsident die „Hoffnung" ausspricht, daß der kommende Landtag arbeiten möge unter dem Motto: Seht, wie lieblich ist es, wenn Geschwister traulich beisammen sind, bricht das ganze Haus in stürmisches Gelächter aus.

Blühers Dank an die 23.

Hierauf erhebt sich Herr Blüher, von Zurufen der Kommunisten begrüßt, und spricht dem Präsidenten den Dank für seine wertvolle Arbeit im „Interesse des Volkes" aus.

Genosse Renner: Der Dank des Herrn Blüher an den sozialdemokratischen Präsidenten ist der Dank des sächsischen Unternehmertums an die 23 Verräter, die aus dem Lager der Arbeiterklasse in das Lager des Bürgertums desertiert sind, um die Interessen ihrer Auftraggeber zu verraten und mit Füßen zu treten. Wir wünschen, daß der neue Landtag das Gegenteil von dem tut, was der jetzige Landtag gegen den Willen der Mehrheit seiner Wähler getan hat. Wir wünschen aber auch, daß im Falle des erneuten Verrates sozialdemokratischer Führer die sächsischen Arbeiter nicht zögern werden, den neuen Landtag zum Teufel zu jagen, wie sie es leider bei dem jetzigen versäumt haben. (Stürmisches Bravo bei den Kommunisten.)

Damit ist die letzte Sitzung des Landtages geschlossen.

Gewerkschaftliches

Ebersbach. Betriebsrätezentrale. Freitag, den 15. Oktober, abends 8 Uhr, Betriebsrätevollversammlung im Kretscham. Interessanter Vortrag. Wichtig für Betriebsräte. Ortsausschußdelegierte sind hiermit eingeladen.

Selbmann's Haferkakao Pfund 60 Pf. Grenadierstraße und Filialen

Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen

Von Robert Tressal.

(32. Fortsetzung.)

„Er bringt es selbst," sagte Craß heiser. „Letzte Woche hat er sich tatsächlich für sein eigenes Geld zwei Bogen für'n Groschen gekauft!"

„Ach, zieh einer mal an," schnarrte Jäger, „ich werde ihm sein Schmiergelpapier anstreichen. Ich zieh jetzt andere Saiten auf."

Er ging zur Diele hinaus, wo er längere Zeit grübelnd stehen blieb. Dann kehrte er sich um mit der entschlossenen Miene eines Mannes, der seinen Plan fertig hat, und ging in das Zimmer, wo Harlow und Philpot arbeiteten.

„Ihr kriegt beide 7 Pence die Stunde, was?" sagte er.

Beide nickten bestätigend. „Noch niemals habe ich unter Tarif gearbeitet," fügte Harlow hinzu.

„Ich ebensowenig," bemerkte Philpot.

„Ihr könnt's natürlich halten, wie's euch paßt," fuhr Jäger fort, „aber von nächster Woche ab zahlen wir nur noch 6½ Pence. Die Kalkulationen sind heutzutage so knapp berechnet, daß wir mit 7 Pence nicht auskommen. Bis morgen abend geht's noch zu den alten Bedingungen, aber wenn ihr mit 6½ Pence nicht einverstanden seid, braucht ihr Sonnabend nicht wiederzukommen. Ueberlegt's euch also, ihr könnt annehmen oder gehen."

Harlow und Philpot waren beide zu erschrocken, um eine Antwort auf diese erfreuliche Ankündigung zu finden, und mit der Schlußbemerkung: „Ihr habt ja Zeit, es zu überlegen," ging Jäger davon, um den anderen höchstbezahlten Arbeitern dasselbe Ultimatum zu stellen, die es ebenso entgegennahmen, wie Harlow und Philpot. Nur die Löhne von Craß und Owen wurden nicht reduziert.

Man wird sich erinnern, daß Neumann einer derjenigen war, die bereits zu verkürztem Lohn arbeiteten.

Elend fand ihn allein in einem der oberen Zimmer, dem er den letzten Anstrich gab. Er arbeitete in seiner gewöhnlichen Art. Das Holzwerk des Schrankes, an dem er gerade zu tun hatte, war schon sehr schlecht, und er füllte alle Risse erst sorgfältig aus mit Kitt, ehe er mit dem Streichen begann. Er wußte wohl, daß Jäger nur die ganz großen Löcher ausgebessert haben wollte, aber er konnte einfach die Arbeit nicht so pfuschen, wie ihm befohlen war. Jäger sah ihm schadenfroh wohl etwa fünf Minuten zu, ehe er den Mund auftat. „Du kannst deine Abrechnung fertig machen und um 5 Uhr dein Geld im Büro holen. Von morgen an brauchen wir deine wertvollen Dienste nicht mehr."

Neumann erblaßte. „Was ist denn," fragte er. „Was habe ich denn gemacht?"

„Oh, es handelt sich nicht um das, was du gemacht hat, sondern um das, was du nicht gemacht hast. Das ist's. Du schaffst mir nicht genug." Und ohne sich auf weitere Verhandlungen einzulassen, ging er hinaus.

Neumann blieb allein in dem dämmrigen Raum, und ihm war, als ob sein Herz zerspringen sollte. Vor seinen Augen erschien sein Zuhause, seine Familie. Er sah jeden einzelnen ganz deutlich. Die Frau, die wahrscheinlich gerade das Abendessen vorbereitete, und die Kinder, die den Küchentisch mit Tassen und Tellern deckten. Die ganze letzte Zeit waren sie so glücklich gewesen, denn sie wußten, daß seine Arbeit fast bis Weihnachten, vielleicht sogar noch länger dauern würde. Und nun kam das und warf sie wieder in den Abgrund des Elends, dem sie gerade entronnen waren.

„Mein Gott," stöhnte Neumann, als ihm die ganze Aussichtslosigkeit, wieder Arbeit zu finden, deutlich wurde. „Mein Gott, wie soll ich es ihnen nur sagen. Was soll aus uns allen werden?"

Als die Leute sicher waren daß Jäger weg war, kamen sie in kleinen Gruppen zusammen, und bald waren sie alle in der Küche und sprachen über die Lohnverkürzung.

Wütende Reden wurden gehalten. Erst wollten einige „gleich alles hinschmeißen", andere waren vorsichtiger, weil sie bedachten, daß bei ihrem Weggang Dutzende gierig ihre Plätze einnehmen würden. „Wißt ihr, eigentlich," sagte Schleim, der den geheimen Wunsch hatte, einmal auf eigene Rechnung zu arbeiten und bloß noch wartete, bis er Geld genug gespart hatte, „eigentlich ist was richtiges an dem, was Jäger sagte. Heute gibt es tatsächlich nur sehr schwer einen anständigen Preis. Es ist genau auskalkuliert."

„Ja, ja, das wissen wir schon," schrie Harlow. „Und wer kalkuliert denn? Doch bloß solche Schweine wie Jäger und Hurtig. Wenn diese Firma nicht so niedrig kalkuliert hätte, so hätte eine andere Firma die Arbeit für besseres Geld gekriegt. Die Arbeit wäre doch gemacht worden, wenn sie sich auch überhaupt nicht darum bemüht hätten. Wir hätten eben für irgendeinen anderen Unternehmer gearbeitet."

„Ich kann mir gar nicht denken, daß es so fein auskalkuliert ist. Hurtig ist doch mit Schwitzer bekannt, und sie sind zusammen in der Stadtverordnetenversammlung," sagte Philpot.

In diesem Augenblick kam Neumann herein. Er sah so bleich und bestürzt aus, daß unwillkürlich das Gespräch stockte.

„Na, was hältst du davon?" rief Harlow.

„Wovon denn?" fragte Neumann.

„Ja, hat er dir denn nichts davon gesagt?" schrien mehrere auf einmal argwöhnisch. Wenn Jäger nicht mit Neumann gesprochen hatte, so arbeitete er wohl schon unter Tarif? Es war schon öfter so ein Gerücht aufgetaucht. „Hat Elend dir denn nichts gesagt? Sie wollen bloß noch 6½ Pence die Stunde zahlen!"

„Davon hat er mir nichts gesagt. Mir hat er die Papiere gegeben. Ich schaff ihnen nicht genug."

„Gerechter Gott," rief Craß mit gespieltem Entsetzen.

12. Kapitel.

Der Untermieter.

Gemäß seinen Abmachungen mit Jäger begann Owen am Montag morgen die Arbeit im „Salong", eine Tatsache, über die sich Craß des längeren aussprach, als Harlow und Easton neue Tünche in der Spülküche holten.

„Well, was haltet ihr davon?" fragte er, während er ihre Eimer füllte.

„Wovon?" meinte Easton.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.

D Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter und Beamte für Freiberg, Radeberg, Zittau und Umgebung D

Restaurant zur Lokomotive
empfiehlt seine Lokalitäten

Lebensmittel Rudolf Ulrich
Borngasse 6 — Bahnhofstraße 4 am Bernerplatz

Peters Zigarren-Eck
Peterstraße 20a, Ecke Petriplatz

Deutsche Eiche
Spezial-Ausschank der Feldschlößchen Sonderbrauerei. Gutbürgerliches Bier- und Speisehaus. Bernh. Mehner

Auf Teilzahlung! Textil-Vertrieb Otto Eichner, Poetzschke 5 I. Etg.

Böttchers Fahrradhaus
Chemnitzer Str. Inh. Turnschuhe

Rettfleisch u. fl. Wurstwaren
empfiehlt Filiale Franz Baldauf, Meißner Gasse 4

Alfred Richter
Kolonialwarengeschäft, Obermarkt 17

OBST / GEMÜSEWAREN KARTOFFELN/KONSERVEN UND FISCHE
KARL NEUBERT / BORNGASSE 18

Turmhof-Lichtspiele
Das beliebteste Lichtspielhaus Freibergs
Täglich Vorführung von 4½ Uhr an
Sonntags Beginn 2 Uhr

Schützen-Liesel
empfiehlt seine Lokalitäten
Akademiestraße

Gottlob Neubert
Inh.: Gebr. Beyer. Turnhallenfester
Obst, Gemüse, Südfrüchte

Neues Lichtspielhaus
STADTPARK, FREIBERG Sa.
Größtes Theater, 800 Plätze

FREIBERG

Roßschlächterei Ulbricht
Mortimstraße 1

Trinkt das köstliche Waldschlößchen-Bier
Niederlage bei D. Döring, Stollegasse

Louis Mehner
Kleiderstoffe / Wäsche / Linoleum

Brüh-, Weiß- und Reinbäckerei Karl Lauer
Burgstraße 17

M. DEUBLER
neue Ecke Wein- u. Rittergasse
SEEFISCHE / KONSERVEN

FAHRRÄDER / NÄHMASCHINEN ERSATZTEILE / REPARATUREN
neue Jos. Winter, Erbisdorfer Str. 23

Hüte u. Mützen
Reinhold Mette, Herderstraße 7

Fahrrad- u. Nähmaschinenhaus
neue Otto Schmidt, Rettbahngasse

Otto Dienel
Feinkost
Dolitzstraße 4 — Telephon 2017
Bringe Dich in empfehlende Erinnerung

Glückauf-Drogerie
Hans Grehler, Fischerstraße 22

Kolonialwaren
H. Riedrich, Donatsgasse 2

Richard Lenk Installationsgeschäft
Koch- und Heizapparate

Clemens Jaesing
Obermarkt
Kleiderstoffe / Wäsche
Gardinen / Linoleum
Möbelstoffe

Billigste Bezugsquelle für Herren- und Knabenbekleidung
Zur Zentrale
Poetzplatz — Poetzplatz

ERNST WALTHER
DAMPFBACKEREI
KONDITOREI UND KAFFEE
Schäfer-Vollkorn-Feinbrot und fl. Kuchen / Konditoreiwaren
Lange Straße 53, Ecke Bahnhofstr.

Rasier- und Friseursalon
Alois Schauer, Lange Str. 81

C. F. Geudtner
Gegründet 1880
Werkzeuge, Haus- und Küchengeräte

Paul Schneider
Polstermöbel / Dekoration / Gardinen

Walter Malzoff
Meißner Tor. Einkauf von Lumpen usw.
Verkauf von Holz und Kohlen

Richard Patzig & Schulz
Ecke Erbischstr. u. Kesselgasse
Manufaktur- u. Modewaren/Damen- und Kinderkonfektion

Schuhwarenlager
Max Geisler, Weingasse 10
Außerordentlich billig!

Paul Weber
Schuhwarenhaus, Petzschkestraße 18

OSKAR STEYER
LEBENSMITTEL / TABAKWAREN
Bahnhofstraße 8

Alfred Weigeldt,
Wäsche / Weiß- und Wollwaren / Schürzen und Stoffe

Möbellager
Bruno Lorenz, Nicolaigasse 9

M. Feige Nchflg.
Feinkost
Obermarkt 12. Fernspr. 2374

Photographisches Atelier Harald
empfiehlt sich für Aufnahmen und Vergrößerungen aller Art

Haus- und Küchengeräte / Volksbadewannen OTTO GROSSMANN
Obermarkt 13

Letzter Dreier / Zug
Jeden Sonntag feiner Ball

Uhren Goldwaren E. Schäfer,
Obermarkt 17
Reper. billigst

Trinkt Freiberger Silberquell
Bürgerliches Brauhaus A.-G., Freiberg. Fernruf 3251/52

Kolonialwaren
Rich. Röhler
Nonnengasse 18

Fleischerei Carl Ferdinand
Burgstraße 16

Fabrikation fl. Fleisch- u. Wurstwaren
Walther Raben
Berthelsdorfer Straße 50

Schokoladen - Kakao
Paul Kühn / Obermarkt 18

Heidemann & Schäfer
neue Inh. Hermann Schäfer
Lebensmittelhaus, Burgstraße 18

Drogerie Lindner
Drogen/Farben/Chemikalien
Meißner Gasse 8

Zigarren / Zigarren / Zigaretten
M. Seidel
Berthelsdorfer, Ecke Albertstraße

Schneider & Berger
Inhaber Schäfer

Kunstfarben G. Rosenthal
Burgstraße 8 Freiberg Im Stadthause
Größte Auswahl / Billigste Preise / Manufaktur- u. Kurzwaren / Kleider / Blusen / Wäsche

Regie Wolgast, Sattlerei
Spezialität: Karosserie / Sattlerei / Gute Reparatur
Rittergasse 1

Emil Neubert
neue Modehaus / Fischerstraße 2

Lederausschnitt-Geschäft
R. Helbig, Theatergasse 4

Schuhhaus Wetzel
Inh. Gebr. Schoppe, Buttermarkt
Reparaturwerkstatt

Butter-Bauch, Untermarkt 17
Feinste Tafelmargarine

FREITAL-PO.

Kauft eure Farben, Lacke, Pinsel usw. beim Farben-Werner
Kreuz-Drogerie Freital

Gustav Kühne
Spezialgeschäft für Milch und Butter. Sämtl. Molkereiprodukte täglich frisch

Offenbacher Lederwaren / Schirme / Solling. Stahlwaren / Eigene Reparaturwerkstatt. Rudolf Neuwirth
Untere Dresdner Straße 120

Gerhard Nitsche Uhrmacherei
Uhren / Goldwaren / Geschenkartikel / Bestecke / Eigene Reparaturwerkstatt

Kurt Siering
Roßschlächterei
empfiehlt täglich frische Wurst- u. Fleischwaren
Freital, Untere Dresdner Straße 101

Julius Arnold
Felle / Därme / Leder
Untere Dresdner Str. 94. Telephon 557

Schnitt- und Wollwaren, Bettfedern
Bernhard Göthe
FREITAL-POTSCHAPPEL

THARANDT

Arthur Schob
Telephon 130
Tharandter Bazar/Zweiggesch. Hartha

Felix Petzold
Manufaktur-Modewaren u. Konfektion

Paul Wenzel
Lebensmittel / Spirituosen / Weine

Kunath & Richter
FAHRRÄDER / NÄHMASCHINEN
Reparaturwerkstatt

Restaurant Z. Klippermühle
Inhaberfamilie Butter

RADEBERG

Carl Oehischlägel
Die Einkaufsquelle der Arbeiter u. Kaufleute
Bahnhofstr. 12 gegenüber dem Bahnhof
Cigarren

Schuhhaus Baum
Beste Einkaufsquelle für Schuhwaren

Damen-, Herren- und Kinder-Bekleidung
Große Auswahl / Niedrige Preise
Konfektionshaus
Rudolf Lederer
Dresdner Straße 23

Modehaus Karl Schulze
Dresdner Straße 36
Größte Auswahl in Damen-, Herren- und Kinder-Bekleidung

Drogerie Wiegand Heine
Oberstraße
Spezialität: steinhärtige Öl- u. Lackfarben

Schuhwarenhaus und Reparaturwerkstätte
Alfred Wagner, Dresdner Str. 32

Wollen-Seifen / Seifenflocken
Radeberger Seifenfabrik
Ernst Gärtner & Sohn, Radeberg

Schackert
Billigster Einkauf aller Lebensmittel

Metropol-Lichtspiele
Radeberg
Jeden Dienstag und Freitag erstklassig, neues Programm

ZITTAU

Zigarrenhaus Felix Schipke
Innere Weberstraße 10
Neustadt 23, Ecke Frauenstraße

A. Diehl
Zittau, Theaterstr. 24
Fernruf 650
Artikel zur Gesundheits- und Krankenpflege / Ärztliche Instrumente / Bandagen

fl. Fleisch- u. Wurstwaren
Eigene Kühlanlage
Edmund Wolf, Böhmische Straße 17

WILHELM SCHAAF
Uhren / Goldwaren / Eigene Reparaturwerkstatt
Am Markt 7

Leder-Ausschnitte
Schuhmacher-Artikel
Richard Klaus, Mandauer Berg 5

Leder-Ausschnitte / Schuhmacher-Artikel / sämtl. Schuhreparaturen
Kronen-Lederlager
Äußere Weberstraße

Zittauer Schuhfabrik
Schuhwarenlager / Größte Reparaturwerkstatt
Albertstraße 2, I.

Bettwäsche Textilwaren
Köhler & Großer
Breite Straße 45

Leder- und Bedarfsartikel
kauft man sehr preiswert bei
Max Adler, Rosenstraße 7

Bonbon- u. Schokoladenhaus
Klosterplatz 1

Fleischerei Domke Nachf.
empfiehlt seine perlem. Fleisch- u. Wurstwaren
Inh. Richard Clemens, Breite Str. 30

Schuhwarenhaus Franz Ruppert
Klosterplatz 4
Eigene Reparaturwerkstatt

Kauft bei Küchenmeister

Bandagen-, Gummiwaren- und Korsettgeschäft E. Goldberg,
Böhmische Straße 14

Auf Teilzahlung!
„PRIGO" G. m. b. H.
Konfektionshaus / Brüderstraße 11

Musikhaus Herold, Böhm. Str. 25
Musikwaren und Reparaturen

Edel & Katank / Schlosserei
Fahrrad- u. Nähmaschinenhandlung
Albertstraße 14 / Tel. 3655

Alle Meisterprodukte billig und preiswert bei Bertha Uhlmann, Neustadt 29

COTTA

Zigarrenhaus H. Winkler
Am Bahnhof Cotta
Zigarren / Zigaretten / Rauch- und Kautabake

KOTZSCHENBRODA

Hermann Lehnert,
Kolonialwaren / Zigarren / Zigaretten / Weine / Spez.: gebrannter Kaffee

EIBAU

Bäckerei/Konditorei/Kaffee
Otto Mehlhose

FREITAL-DEU

Robert Jäschke Schuhwarenhaus

Paul Dylla
Uhren, Goldwaren, Reparaturwerkstätte
Obere Dresdner Str. 108

Ahlendorfs Fisch- und Feinkosthaus
Lange Straße 5

Drogerie Sächsischer Wolf
Otto Wiesner

Sie kaufen immer vorteilhaft Kleiderstoffe, Wäsche usw. bei Erich Kaden, Freital-Deuben
Vorderstraße 5

FREITAL-DO.

Konfektions-, Schuh- und Textilwaren
Lieferant sämtlicher Sportvereine
Anton Glaser

Krilles Gasthof, Fr.-Döhlen
empfiehlt seine Lokalitäten zur frdl. Einkehr. Telephon 214

Reserviert!

NIEDER-ODERWITZ

Rudolf Saichow / Fernsprecher 50
Kolonialwaren / Kaffeerösterei

Fleischerei Paul Gutsche
Fleisch- und Wurstwaren
Beste Qualität / Billigste Preise

Genossen!
berücksichtigt bei Einkäufen die Inserenten!